

70 Jahre Grundgesetz: Der Rückhalt des Grundgesetzes bei den Bürgern

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2019). *70 Jahre Grundgesetz: Der Rückhalt des Grundgesetzes bei den Bürgern*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-65150-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

70 Jahre Grundgesetz
Der Rückhalt des Grundgesetzes bei
den Bürgern

Vertraulich!

INHALT

	Seite
70 JAHRE GRUNDGESETZ – EIN GRUND ZUM FEIERN?.....	1
GROSSES VERTRAUEN IN DAS GRUNDGESETZ	10
SINKENDER RÜCKHALT FÜR DAS FÖDERALE SYSTEM	15
PRÄFERENZ FÜR DIREKTE DEMOKRATIE	20
WENIG VERTRAUEN IN DIE POLITIK	24

<u>TABELLENTEIL</u>	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN

	Tabelle
<u>Grundvertrauen der Bürger</u>	
Allgemeines Vertrauen in -	
• Institutionen und Ämter	1 a-h
• Berufsgruppen	2 a-h
Wie groß ist das Vertrauen in die -	
• Politik?	3
• Wirtschaft?	4

Repräsentative Demokratie und Föderalismus

Zufriedenheit mit dem politischen System	5
Ist die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland die beste Staatsform?	6
Würden Plebiszite die Demokratie stärken?	7
Repräsentative versus direkte Demokratie	8 a-b
Hat sich der Föderalismus in Deutschland bewährt?	9
Bevorzugte Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern	10
Unterstützung für die derzeitige Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern	11
Sollte die Bildungspolitik vom Bund geregelt werden?	12
Ist man dafür, dass die Bildungspolitik Länderhoheit bleibt?	13

70 Jahre Grundgesetz

Assoziationen zum Grundgesetz	14 a-f
Ist die Sprache des Grundgesetzes verständlich?	15
In welchem Jahr ist das Grundgesetz in Kraft getreten?	16 a-b
Welches Grundrecht regelt Artikel 1, GG?	17 a-b
Hat man im Grundgesetz schon mal etwas nachgelesen?	
Wenn „Ja“: Wann war das, während der Schulzeit oder danach?	18
Einstellung zur Textpassage „Verantwortung vor Gott“ in der Präambel des Grundgesetzes	19
Welche Grundrechte werden im Grundgesetz garantiert?	20 a-h
Welches sind die 10 wichtigsten Grundrechte?	21 a-h
Hat sich das Grundgesetz bewährt?	22
Brauchen wir jetzt nach 70 Jahren eine neue Verfassung?	23
Bei welchen Themen müsste das Grundgesetz überarbeitet werden?	24 a-d
Was müsste neu ins Grundgesetz aufgenommen werden?	25 a-d
Verliert das Grundgesetz durch die europäische Integration an Bedeutung?	26
Ist das siebenjährige Bestehen des Grundgesetzes ein Grund zum Feiern?	27

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personen
Fragebogensauszug mit Anlagen

70 JAHRE GRUNDGESETZ – EIN GRUND ZUM FEIERN?

Der Mehrheit der Bevölkerung ist nicht bewusst, dass das Grundgesetz vor 70 Jahren formuliert und verabschiedet wurde. Jeder Dritte weiß, dass das Grundgesetz seit 1949 gilt, 14 Prozent nennen Jahre vor oder nach 1949, während 50 Prozent keinerlei Vorstellung von der Geltungsdauer des Gesetzes haben.

Schaubild 1

Begrenzter Wissensstand		
Frage: "Wissen Sie zufällig, wann das Grundgesetz in Kraft getreten ist, in welchem Jahr?"		
	2009	2019
	%	%
1949	37	36
Vor 1949	6	8
Nach 1949	5	6
Weiß nicht	52	50
	100	100

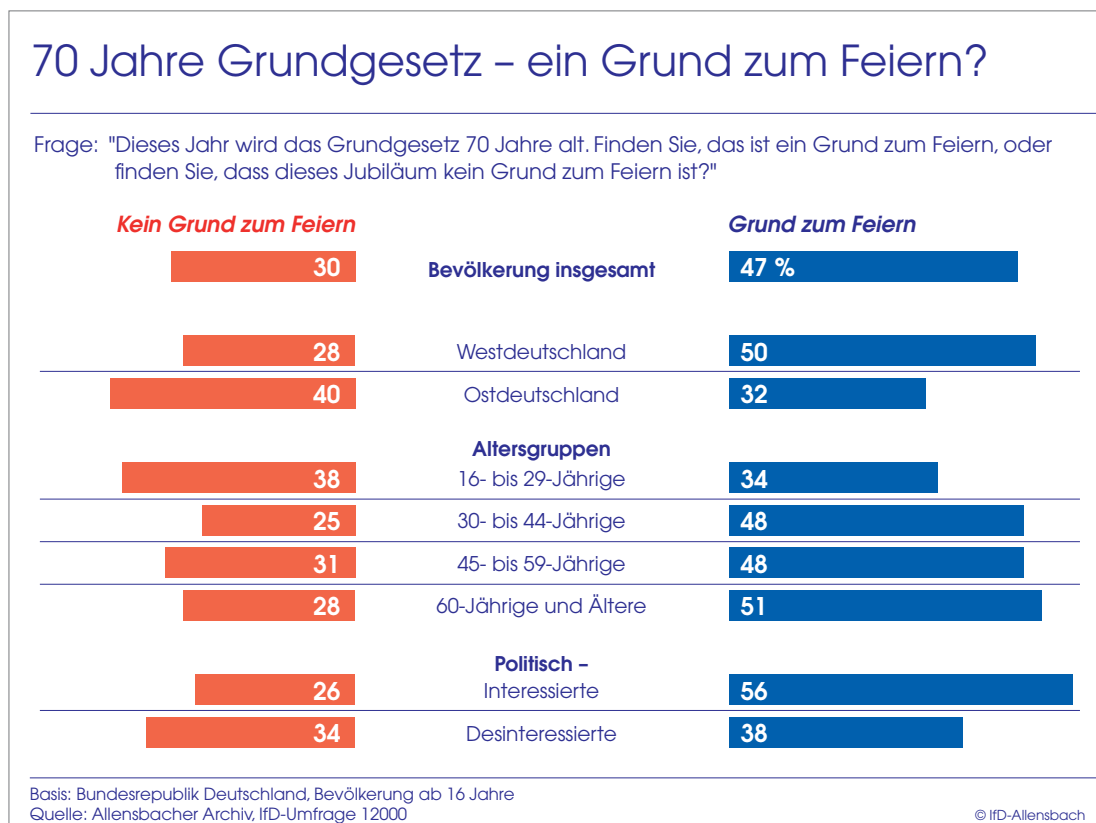
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10037, 12000

© IfD-Allensbach

Auch wenn darüber informiert wird, dass das Grundgesetz in diesem Jahr 70 Jahre alt wird, sieht nur knapp die Hälfte der Bürger darin einen Anlass zum Feiern. Immerhin 47 Prozent sind dieser Meinung, 30 Prozent widersprechen dezidiert, knapp jeder Vierte ist in dieser Frage unentschieden. Dabei gibt es gravierende Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen der jungen Generation einerseits und der mittleren und älteren Generation andererseits und auch zwischen politisch Interessierten und

Desinteressierten. Im Westen wird mehrheitlich dafür plädiert, diesen Anlass zu feiern, in Ostdeutschland mit relativer Mehrheit dagegen. Auch die junge Generation und politisch Desinteressierte halten diesen 70. Jahrestag für weniger bedeutend als der Durchschnitt der Bevölkerung; die politisch interessierten Bevölkerungskreise sprechen sich dagegen im Verhältnis 2:1 dafür aus, 70 Jahre Grundgesetz zu feiern.

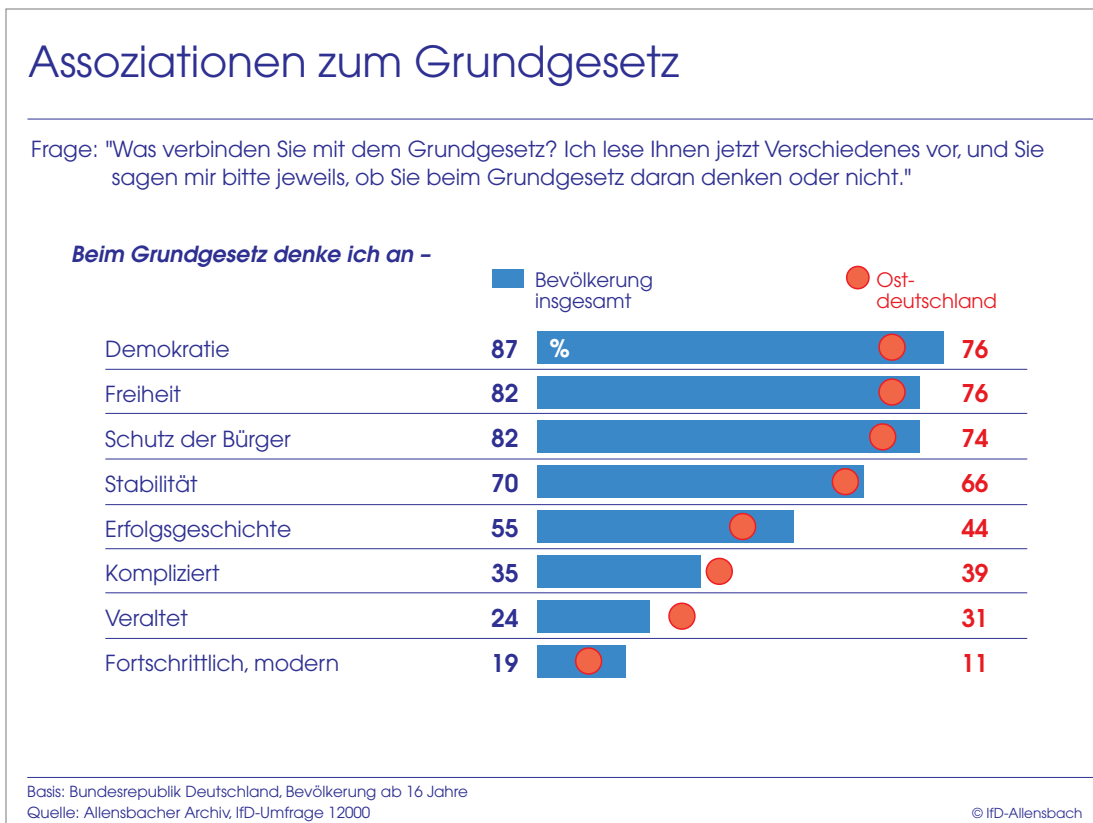
Schaubild 2



Dass nur knapp die Hälfte der Bevölkerung einen Grund zum Feiern sieht, ist nicht mit Geringschätzung des Grundgesetzes gleichzusetzen. Das Grundgesetz genießt, wie an späterer Stelle gezeigt wird, großes Vertrauen und hat sich aus der Sicht der großen Mehrheit bewährt. Schon die Assoziationen zum Grundgesetz zeigen die positive Grundhaltung der überwältigenden Mehrheit. So verbinden über 80 Prozent mit dem Grundgesetz vor allem Demokratie, Freiheit und Schutz der Bürger, 70 Prozent auch Stabilität, 55 Prozent eine Erfolgsgeschichte. In ein Kategorienschema wie "modern"

oder "veraltet" passt das Grundgesetz dagegen nach Überzeugung der großen Mehrheit nicht: 24 Prozent assoziieren mit dem Grundgesetz "veraltet", 19 Prozent "fortschrittlich und modern". Die Assoziationen in Ost und West unterscheiden sich nicht grundlegend, machen jedoch ebenfalls die größere Distanz der ostdeutschen Bevölkerung zum Grundgesetz deutlich.

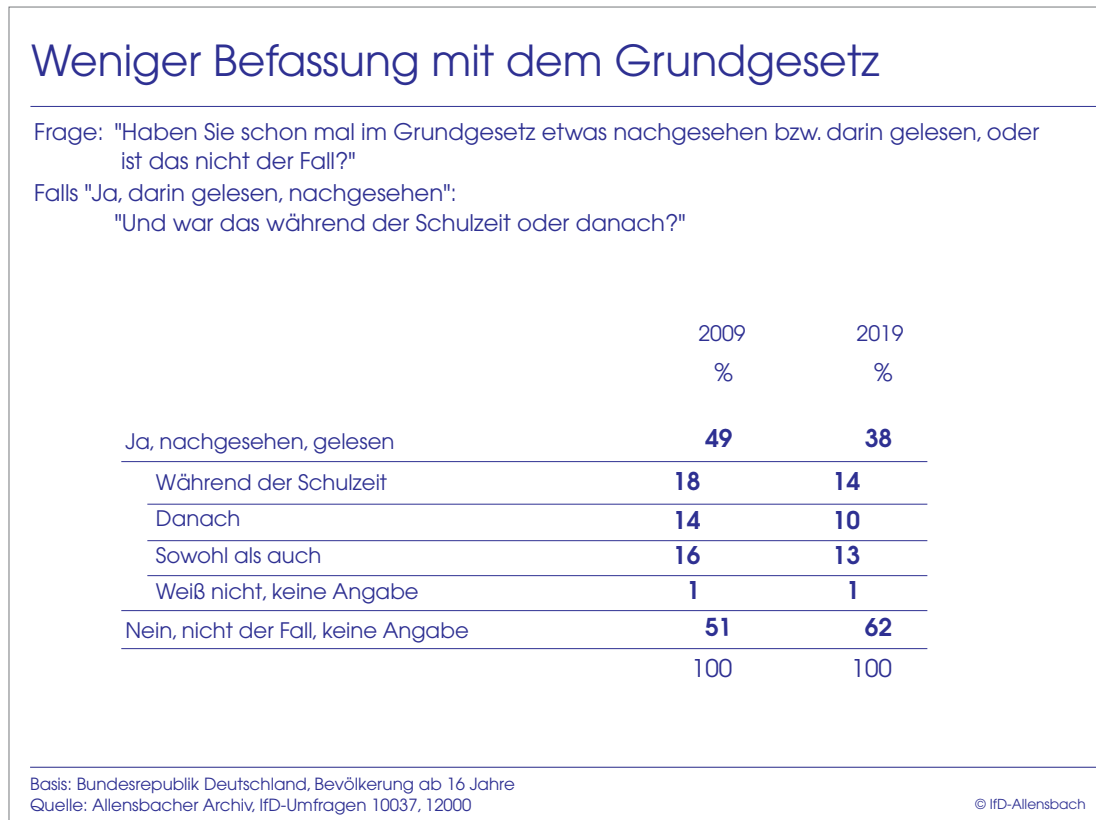
Schaubild 3



Obwohl das Grundgesetz in Ostdeutschland erst seit der Wiedervereinigung gilt, ist die ostdeutsche Bevölkerung nicht nennenswert weniger mit dem Grundgesetz vertraut als die westdeutsche. 35 Prozent der ostdeutschen, knapp 39 Prozent der westdeutschen Bevölkerung haben sich schon selbst mit dem Grundgesetz befasst und darin etwas nachgesehen bzw. gelesen; dass das Grundgesetz seit 1949 gilt, wissen mehr Ostdeutsche als Westdeutsche (43 zu 35 Prozent). Für Ost wie West gilt

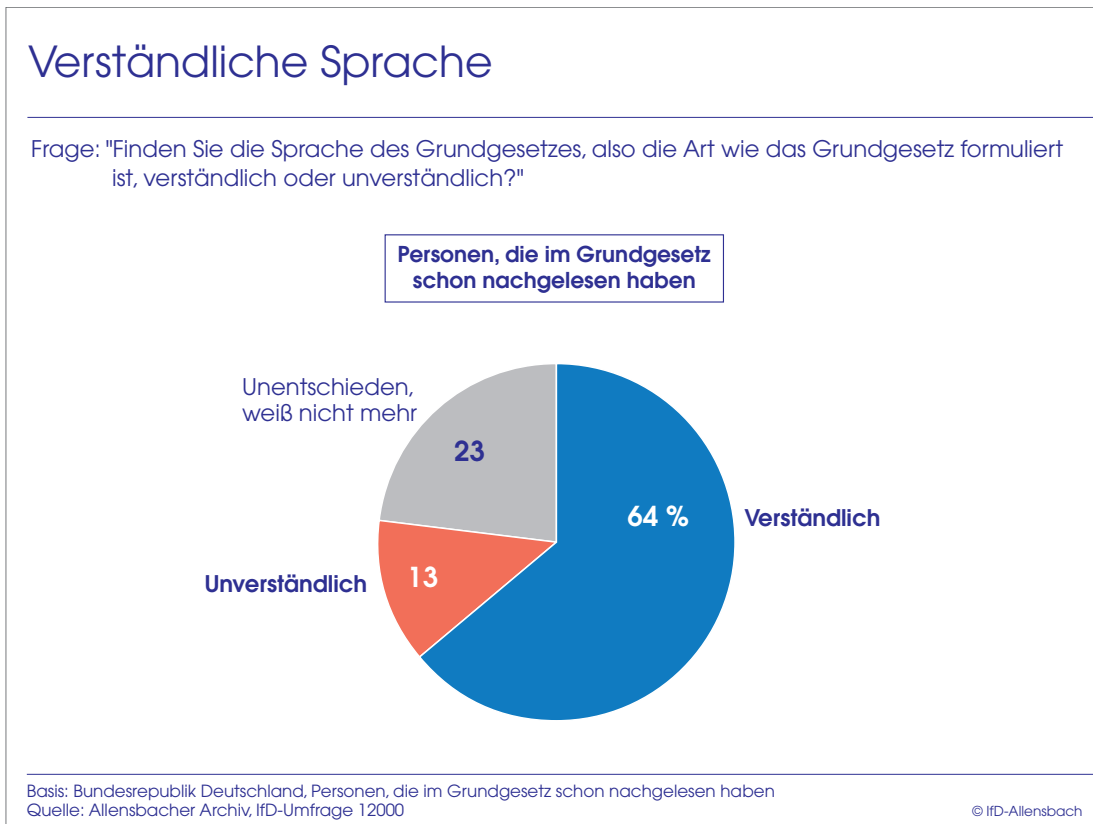
allerdings, dass die direkte Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz zurückgeht. Vor zehn Jahren hatten sich noch 49 Prozent der Bürger direkt mit dem Grundgesetz befasst, sei es in der Schulzeit oder danach, aktuell noch 38 Prozent.

Schaubild 4



Das hat nicht damit zu tun, dass das Grundgesetz als zu komplex und die Sprache als unverständlich empfunden wird. Von denjenigen, die im Grundgesetz bereits nachgelesen haben, bewerten knapp zwei Drittel die Sprache als verständlich, lediglich 13 Prozent als unverständlich. Die einfachen Bildungsschichten ziehen hier eine kritischere Bilanz; dies gilt allerdings für alle Verständnisfragen, nicht nur für die Sprache des Grundgesetzes.¹

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 15.



Trotz der rückläufigen direkten Befassung mit dem Grundgesetz hat die große Mehrheit eine relativ klare Vorstellung von den Grundrechten, die in den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes garantiert werden. Dass die Unantastbarkeit der Menschenwürde im Artikel 1 garantiert wird, ist den Bürgern heute sogar mehr bewusst als vor vier Jahren. 2009 erinnerten sich lediglich 25 Prozent auf die Frage, welches Grundrecht in Artikel 1 geregelt ist, mit dem vorständigen Zitat "Die Würde des Menschen ist unantastbar", aktuell 38 Prozent. Weitere 18 Prozent machen unvollständige, aber in der Tendenz richtige Angaben; der Anteil, der keinerlei Vorstellung hat, was im Artikel 1 des Grundgesetzes geregelt ist, ist seit 2009 von 47 auf 33 Prozent zurückgegangen.

Besser informiert

Frage: "In den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes sind die sogenannten Grundrechte festgelegt. Können Sie mir zufällig sagen, welches Grundrecht in Artikel 1 geregelt ist, wovon da die Rede ist?"

	2009	2019
	%	%
Zitat vollständig ("Die Würde des Menschen ist unantastbar")	25	38
Zitat unvollständig	10	14
Menschenrechte	4	4
Falsche Angaben, z.B. Freiheit, Demokratie	17	18
Gleichheit, Gleichstellung aller Menschen	12	11
Freiheit, Meinungsfreiheit	3	8
Andere Angaben	x	1
Nein, weiß nicht	47	33
	103	108

x = weniger als 0,5 Prozent

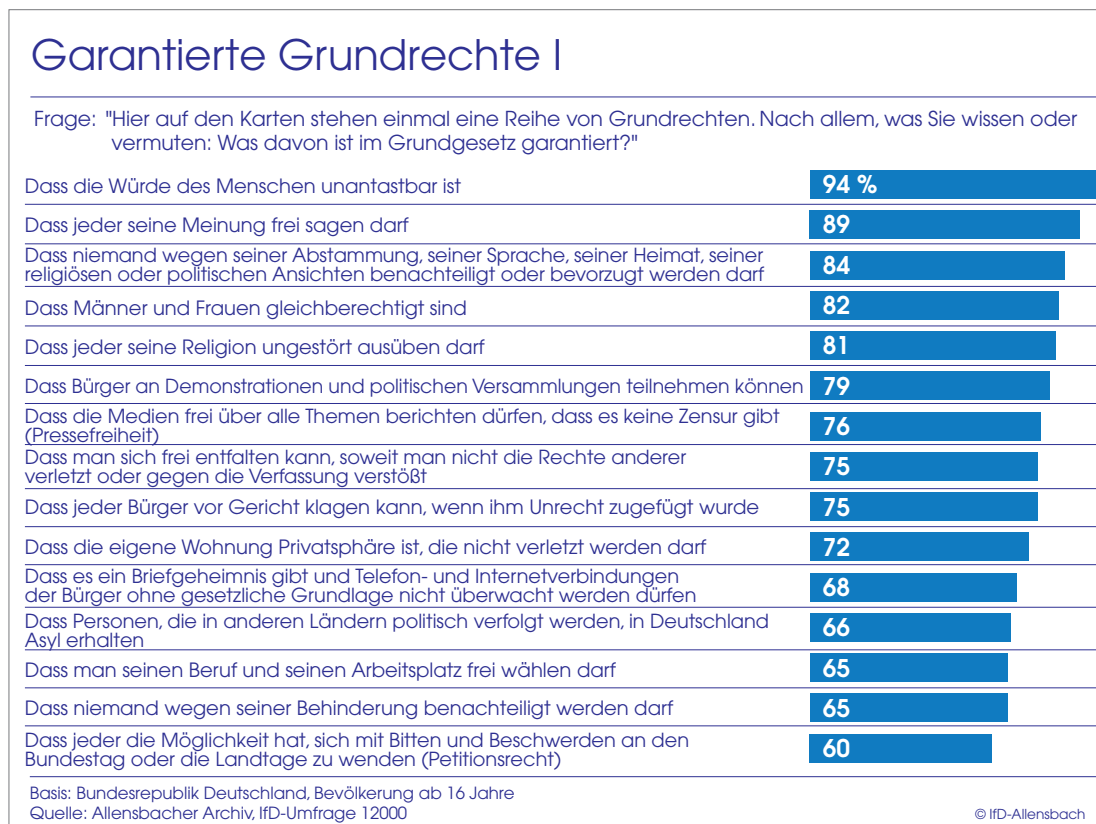
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10037, 12000

© IfD-Allensbach

Wenn die einzelnen Grundrechte konkret angesprochen werden, identifiziert sie die Mehrheit, teilweise die überwältigende Mehrheit, als Rechte, die im Grundgesetz garantiert werden. Das gilt insbesondere für die Unantastbarkeit der Menschenwürde, für Meinungsfreiheit, das Diskriminierungsverbot und speziell die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie die Religionsfreiheit. Zwischen 81 und 94 Prozent der Bevölkerung gehen davon aus, dass diese Rechte durch das Grundgesetz garantiert werden. In Bezug auf die Unantastbarkeit der Würde des Menschen sind davon 94 Prozent überzeugt, in Bezug auf Meinungsfreiheit 89 Prozent, in Bezug auf Religionsfreiheit 81 Prozent. Die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Garantie von individuellem Entfaltungsspielraum sowie die Möglichkeit, vor Gericht zu klagen, zählen zwischen 75 und 79 Prozent zu den Grundrechten, die durch das Grundgesetz garantiert sind.

Darüber hinaus identifiziert die große Mehrheit das Briefgeheimnis bzw. den Schutz von Telefon- und Internetverbindungen vor Überwachung als durch das Grundgesetz garantiertes Grundrecht, ebenso das Asylrecht, die freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz, das Petitionsrecht und das Diskriminierungsverbot in Bezug auf Behinderte.

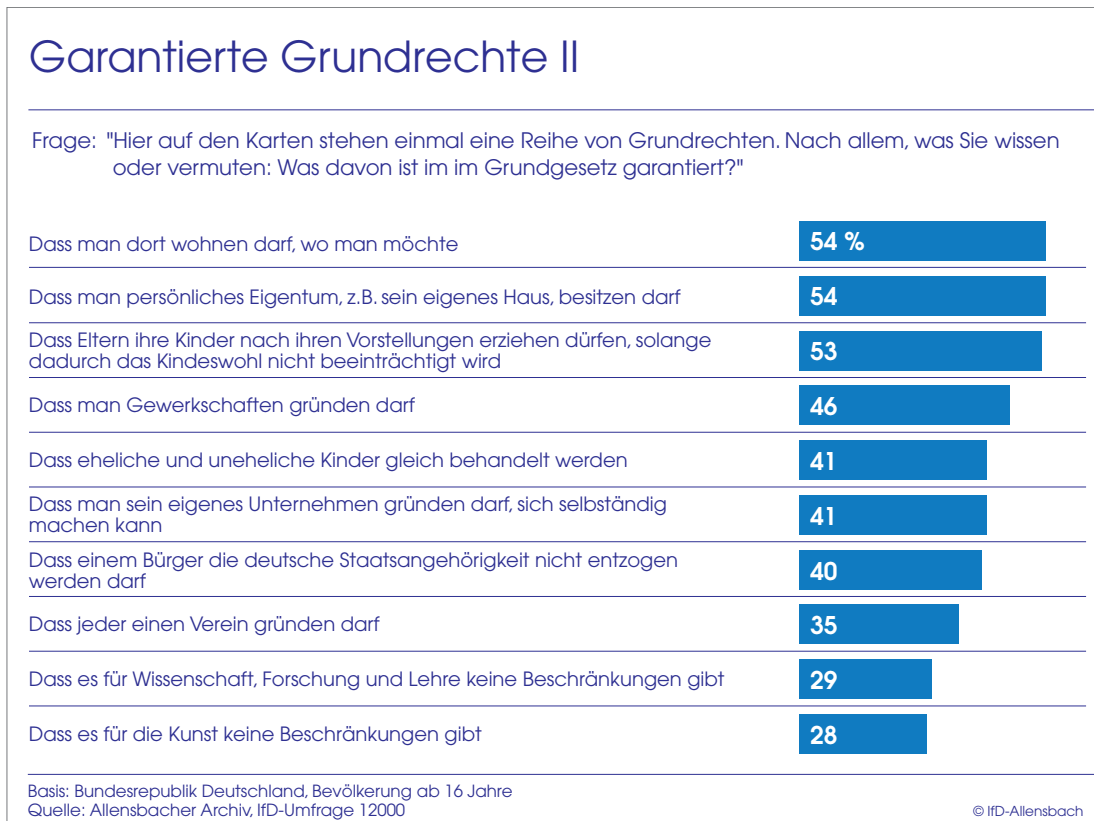
Schaubild 7



Daneben gibt es jedoch Grundrechte, die nur von gut der Hälfte der Bevölkerung oder sogar nur von einer Minderheit richtig als im Grundgesetz garantierte Rechte identifiziert werden. So geht nur gut die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass die freie Wahl des Wohnortes, die Absicherung von persönlichem Besitz und die bedingte Erziehungsfreiheit der Eltern im Grundgesetz verankert sind. Am wenigsten ist den Bürgern bewusst, dass das Grundgesetz auch die Freiheit, einen Verein zu gründen, sowie die Freiheit von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Kunst garantiert.

Lediglich 29 Prozent sind überzeugt, dass das Grundgesetz die Freiheit von Wissenschaft und Forschung schützt, lediglich 28 Prozent, dass dort auch die Freiheit der Kunst garantiert ist.

Schaubild 8



Dabei gibt es drei Grundrechte, denen die Bevölkerung mit Abstand die größte Bedeutung beimisst: die Unantastbarkeit der Menschenwürde, Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. 88 Prozent zählen die Garantie der Unantastbarkeit der Menschenwürde zu den wichtigsten Grundrechten, 82 Prozent die Meinungsfreiheit, 75 Prozent die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Mit großem Abstand folgen das Diskriminierungsverbot (57 Prozent), die Sicherung der Privatsphäre in der eigenen Wohnung (56 Prozent) sowie die Pressefreiheit, das Briefgeheimnis und die Garantie der individuellen freien Entfaltung, soweit nicht die

Rechte anderer verletzt werden, die jeweils gut die Hälfte der Bevölkerung zu den wichtigsten Grundrechten zählt.

Schaubild 9



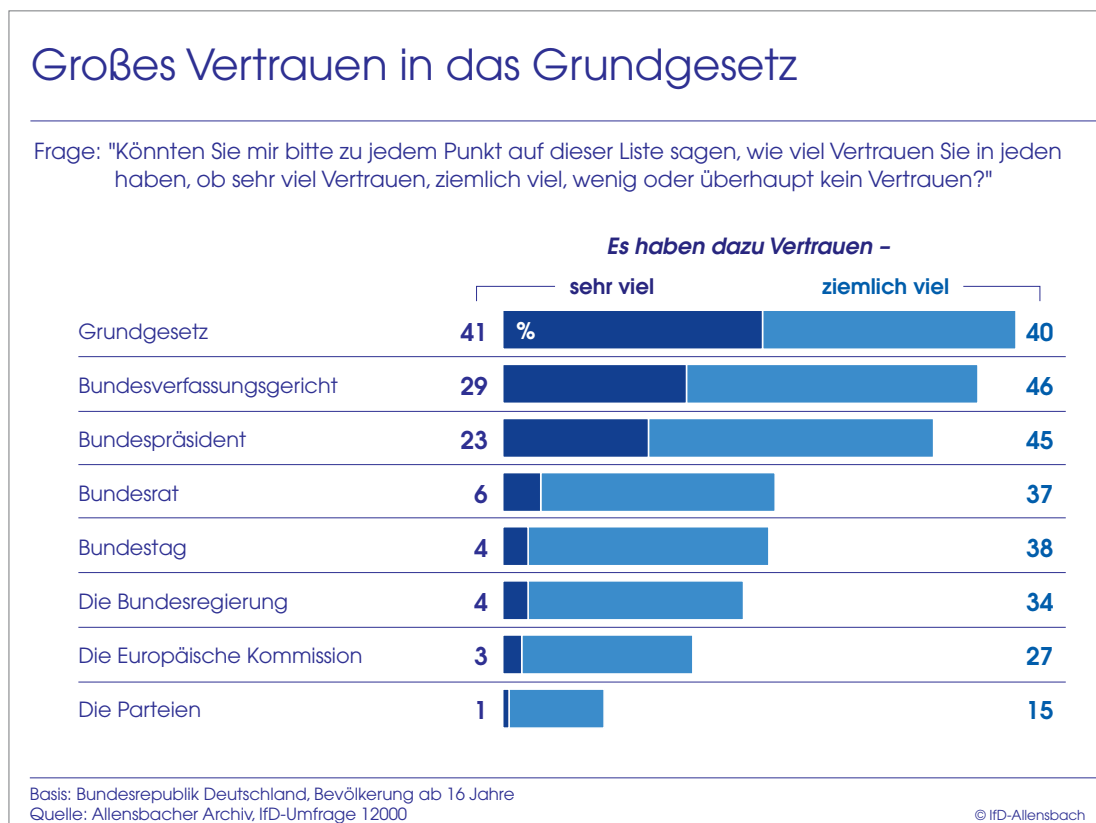
Dagegen zählt nur eine kleine Minderheit die Freiheit der Vereinsgründung, die Freiheit von Wissenschaft und Kunst und die Freiheit, sich selbständig zu machen bzw. ein eigenes Unternehmen zu gründen, zu den wichtigsten Grundrechten. So gehört nur für 10 Prozent der Bevölkerung die Freiheit von Wissenschaft und Forschung zu den zehn wichtigsten Grundrechten, für ganze 4 Prozent die Freiheit der Kunst.²

² Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabellen 21 c) und d).

GROSSES VERTRAUEN IN DAS GRUNDGESETZ

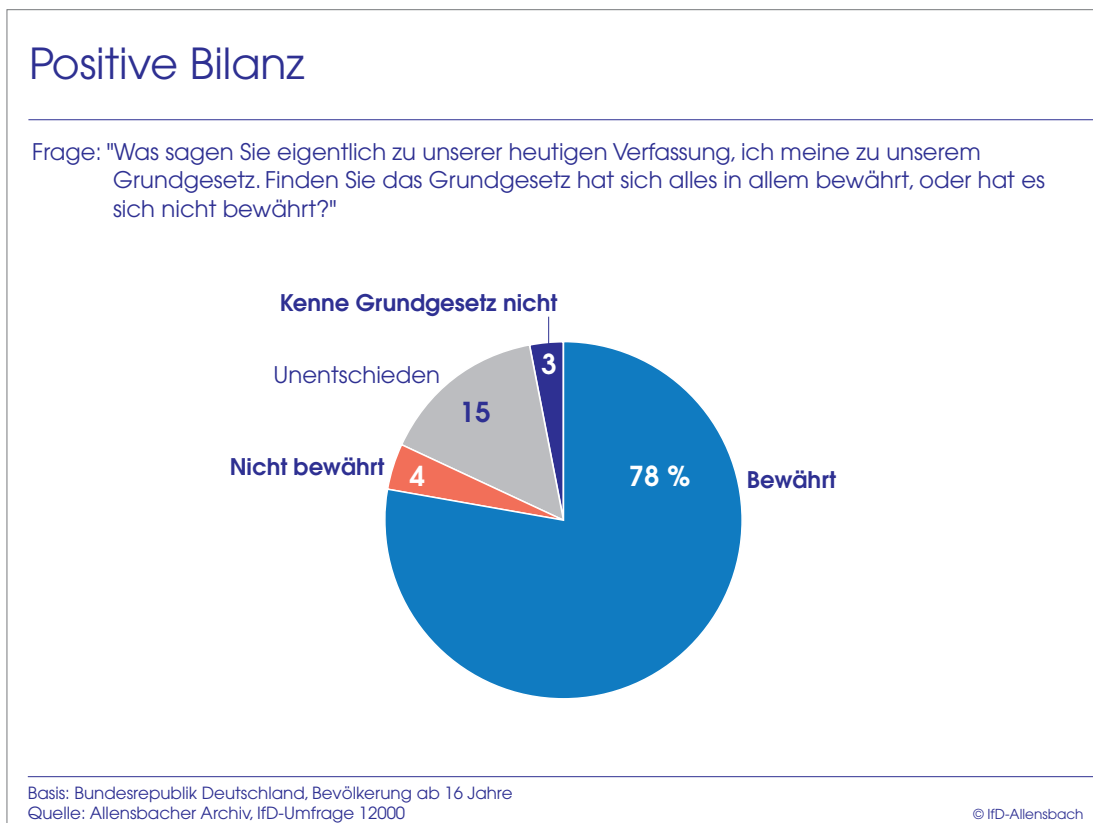
Das Grundgesetz genießt in der Bevölkerung außerordentlich großes Vertrauen, mehr als alle gesellschaftlichen Institutionen. Insgesamt bekunden 81 Prozent der Bürger Vertrauen in das Grundgesetz, 41 Prozent sogar sehr großes Vertrauen. Ähnlich großes Vertrauen genießt nur das Bundesverfassungsgericht und mit einigem Abstand der Bundespräsident. Alle Institutionen, die dagegen von Parteien und parteipolitischen Kontroversen geprägt sind, wie die Bundesregierung, der Bundesrat, der Bundestag, genießen weitaus weniger Vertrauen. So setzen nur 43 Prozent der Bevölkerung Vertrauen in den Bundesrat, lediglich 6 Prozent sehr großes Vertrauen. Ähnlich groß bzw. gering ist das grundsätzliche Vertrauen in den Bundestag. Noch weniger Vertrauen genießen die Europäische Kommission und vor allem die Parteien, in die gerade einmal 16 Prozent der Bevölkerung Vertrauen setzen.

Schaubild 10



Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist auch überzeugt, dass sich das Grundgesetz alles in allem bewährt hat. 78 Prozent der Bevölkerung sind davon überzeugt, lediglich 4 Prozent ziehen eine kritische Bilanz. In Ostdeutschland attestieren lediglich 67 Prozent dem Grundgesetz, dass es sich bewährt hat; allerdings äußert sich auch dort nur eine kleine Minderheit von 5 Prozent kritisch.³

Schaubild 11

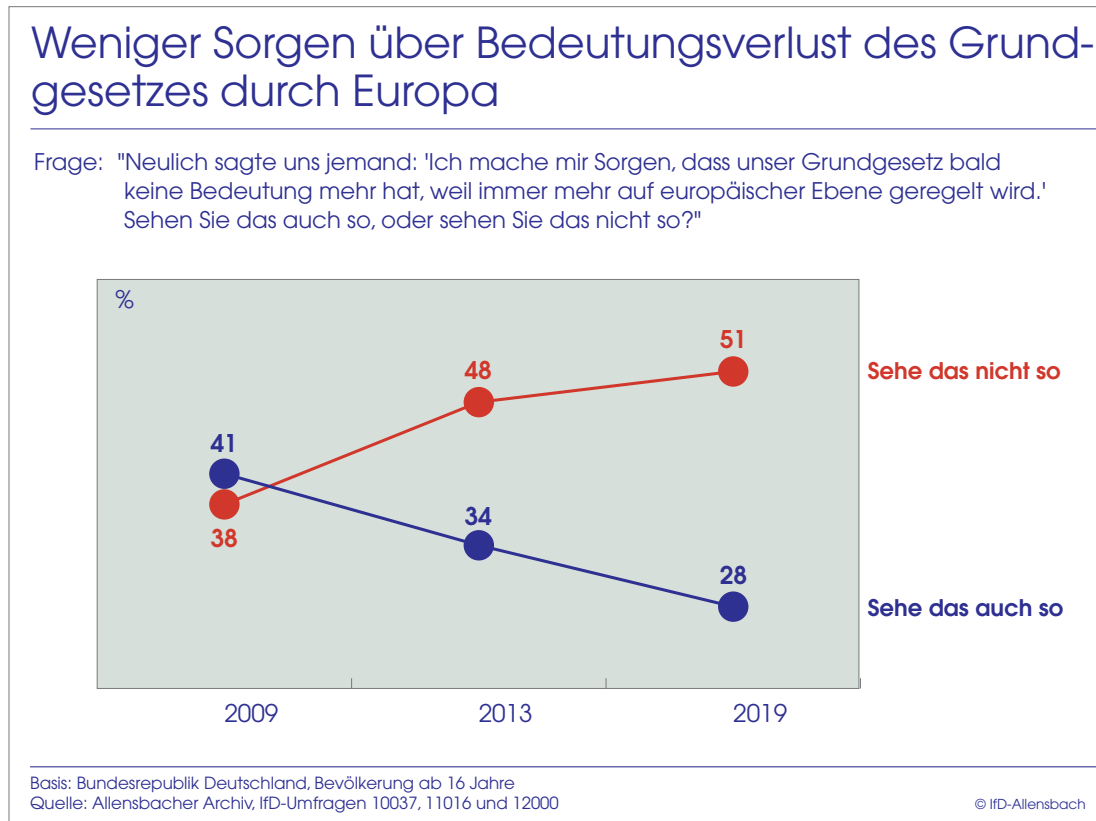


Die Bürger machen sich auch immer weniger Sorgen, dass das Grundgesetz durch die europäische Integration ausgehebelt werden könnte. Vor zehn Jahren fürchteten noch 41 Prozent der Bürger, dass das Grundgesetz an Bedeutung verliert, weil immer mehr auf europäischer Ebene geregelt wird; aktuell liegt dieser Anteil nur noch bei 28

³ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 22.

Prozent. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mittlerweile überzeugt, dass das Grundgesetz durch die europäische Integration nicht gravierend eingeschränkt wird.

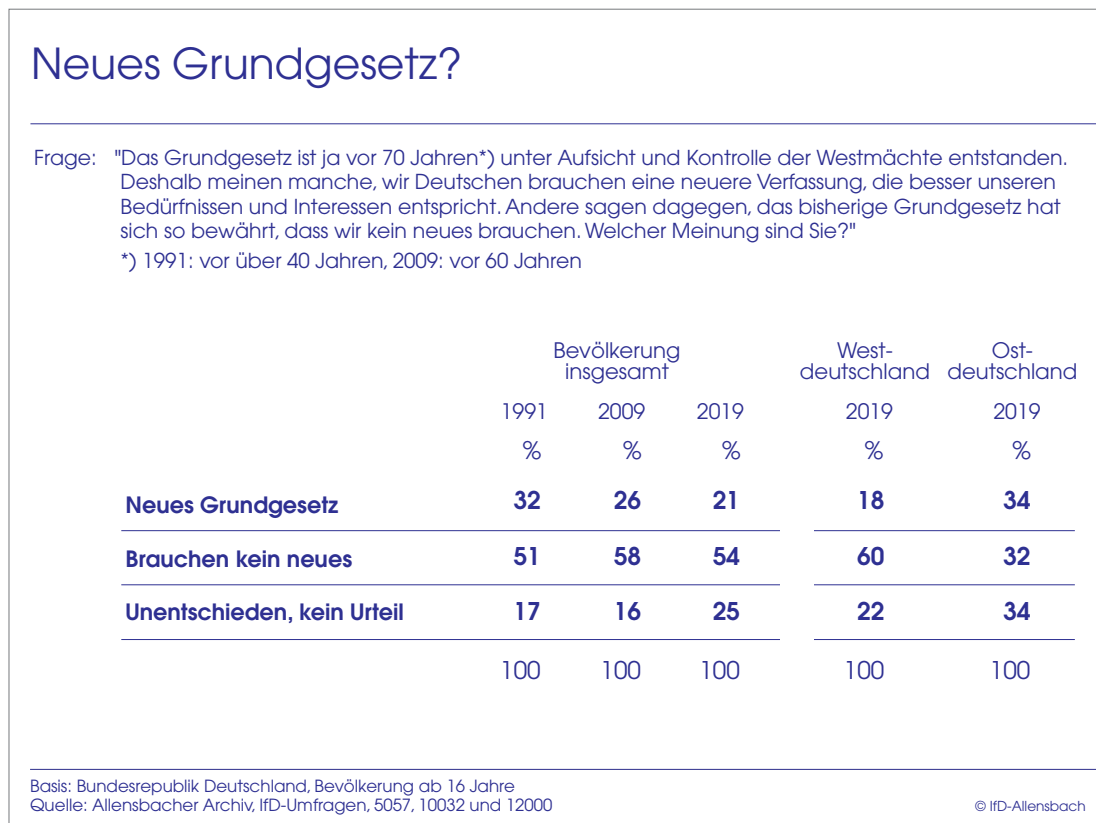
Schaubild 12



Obwohl drei Viertel der Bürger dem Grundgesetz attestieren, es habe sich bewährt, sind nur 54 Prozent überzeugt, dass das Grundgesetz in der heutigen Form bestehen bleiben sollte. 21 Prozent fordern ein neues Grundgesetz, jeder Vierte traut sich in dieser Frage kein Urteil zu. Die Trendanalyse zeigt allerdings, dass die Forderung nach einem neuen Grundgesetz in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen ist. Am Beginn der 90er Jahre sprachen sich noch 32 Prozent der Bevölkerung für ein neues Grundgesetz aus, vor zehn Jahren 26 Prozent, jetzt nur noch jeder Fünfte. Dabei fällt das Urteil in West- und Ostdeutschland völlig unterschiedlich aus: Während 60 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ein neues Grundgesetz für überflüssig halten,

gilt dies nur für 32 Prozent der Ostdeutschen. Von ihnen fordert jeder Dritte ein neues Grundgesetz, eine Forderung, die lediglich 18 Prozent der Westdeutschen vertreten. Bis heute gibt es bei allen Fragen, die das politische und wirtschaftliche System und die Grundordnung der Bundesrepublik betreffen, signifikante Unterschiede zwischen West und Ost.

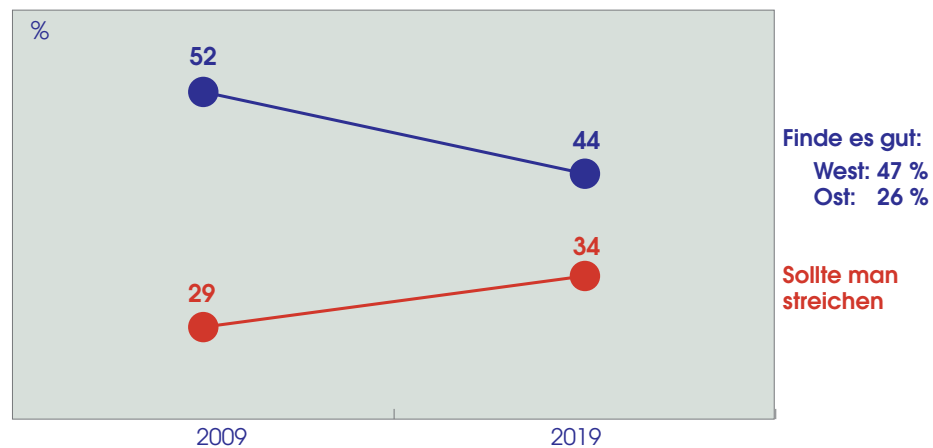
Schaubild 13



Ein Detail des Grundgesetzes findet immer weniger Rückhalt in der Bevölkerung, der Verweis auf die Verantwortung vor Gott in der Präambel. Vor zehn Jahren unterstützten noch 52 Prozent den Verweis auf die Verantwortung vor Gott, aktuell nur noch 44 Prozent. Die Forderung, man solle diese Formulierung aus dem Grundgesetz streichen, ist im selben Zeitraum von 29 auf 34 Prozent angestiegen. In Westdeutschland unterstützten zurzeit noch 47 Prozent den Verweis auf die Verantwortung vor Gott, in Ostdeutschland lediglich 26 Prozent.

Der Verweis auf die Verantwortung vor Gott wird zunehmend in Frage gestellt

Frage: "Die Einleitung, die sogenannte Präambel des Grundgesetzes beginnt mit den Worten: 'Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...'. Finden Sie es gut, dass in der Präambel auf die Verantwortung vor Gott verwiesen wird, oder sollte man den Verweis auf Gott besser aus dem Grundgesetz streichen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10037, 12000

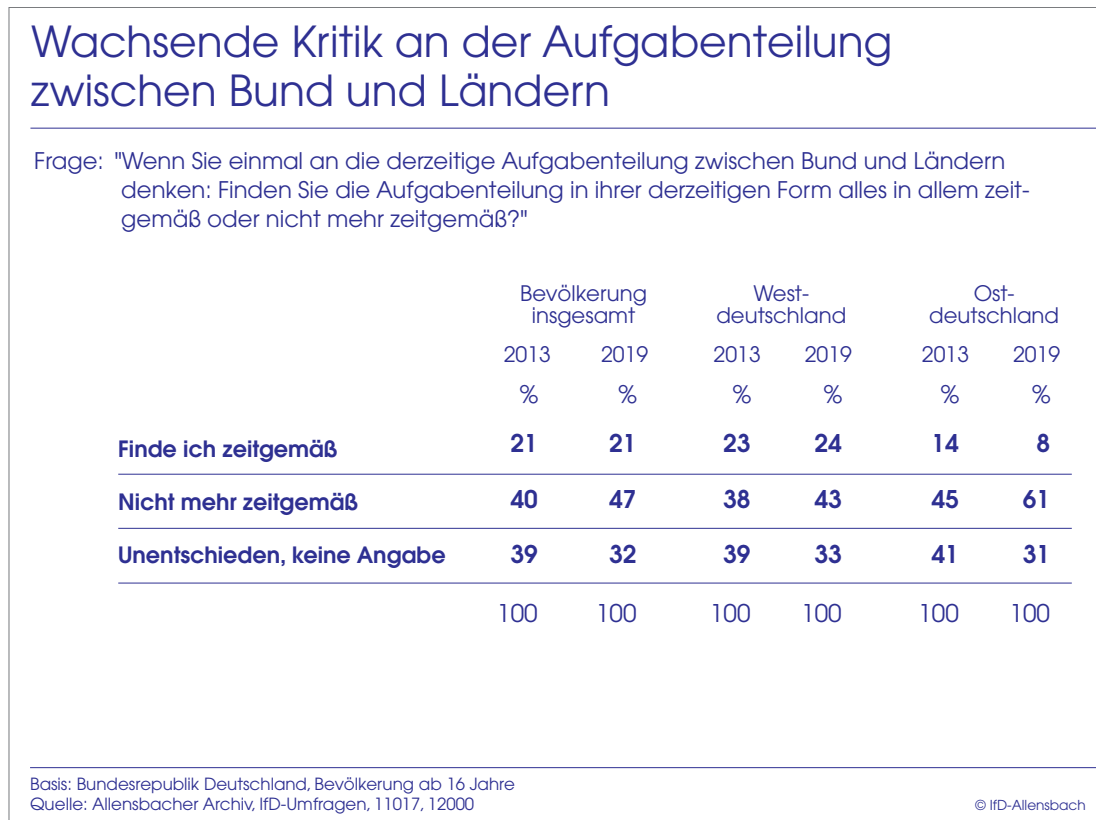
© IfD-Allensbach

Auch ein anderer Teil des Grundgesetzes, die Regelung der Zuständigkeit der politischen Ebenen, wird zunehmend in Frage gestellt. Die Unterstützung für das föderale System in seiner jetzigen Form erodiert.

SINKENDER RÜCKHALT FÜR DAS FÖDERALE SYSTEM

Die derzeitige Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern wird von der Bevölkerung zunehmend kritisiert. Lediglich 21 Prozent finden die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern in der derzeitigen Form alles in allem zeitgemäß, 47 Prozent überholt. Vor sechs Jahren war der Anteil der Kritiker noch 7 Prozentpunkte kleiner. Insbesondere in Ostdeutschland ist die Kritik am föderalen System gewachsen. 2013 hielten dort 45 Prozent der Bevölkerung die Aufgabenteilung zwischen Bund und Land in der derzeitigen Form für nicht mehr zeitgemäß, aktuell 61 Prozent.

Schaubild 15



Bei der Bewertung dieses Trends ist zu berücksichtigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin eine zentralistischere Ordnung vorzieht und dies bereits seit längerem. 59 Prozent der Bevölkerung halten es für besser, wenn das meiste in

Deutschland einheitlich geregelt wird, lediglich 29 Prozent sprechen sich dafür aus, dass die Bundesländer möglichst viele Dinge selbst regeln können. In Ostdeutschland ist die Präferenz für ein zentralistisches System noch wesentlich größer als in Westdeutschland: 55 Prozent der Westdeutschen, 74 der Ostdeutschen halten weitgehend einheitliche Regelungen in Deutschland für besser als weitgehende Gestaltungsspielräume für die einzelnen Länder.

Schaubild 16

Mehrheit für Zentralisierung

Frage: "Wenn Sie einmal an die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern denken, was finden Sie da besser: Wenn die einzelnen Bundesländer möglichst viele Dinge selber regeln können, oder wenn die meisten Dinge in Deutschland einheitlich geregelt werden?"

	Bevölkerung insgesamt		West-deutschland	Ost-deutschland
	2007	2019	2019	2019
	%	%	%	%
Dinge selber regeln	30	29	31	18
Einheitliche Regelung	60	59	55	74
Keine Angabe	10	12	14	8
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, 10009, 12000 © IfD-Allensbach

Die Überzeugung, dass der Föderalismus überwiegend Vorteile mit sich bringt, ist in den letzten Jahren merklich erodiert. 2013 waren davon noch 36 Prozent der Bürger überzeugt, aktuell noch 27 Prozent, in Ostdeutschland 19 Prozent. Gegenläufig hat die Einschätzung, dass der Föderalismus überwiegend Nachteile mit sich bringt, im selben Zeitraum von 18 auf 32 Prozent zugenommen; in Ostdeutschland sehen 47 Prozent der

Bevölkerung überwiegend Nachteile der föderalen Struktur. Ein Viertel der Bevölkerung sieht weder große Vorteile noch große Nachteile.

Schaubild 17

Wachsende Zweifel an föderalem System				
Frage: "Was meinen Sie: Hat Deutschland alles in allem mehr Vorteile dadurch, dass es Bundesländer mit eigenen Regierungen gibt, oder sehen Sie da für Deutschland eher Nachteile?"				
	Bevölkerung insgesamt		West-deutschland	Ost-deutschland
	2013	2019	2019	2019
	%	%	%	%
Hat mehr Vorteile	36	27	30	19
Sehe eher Nachteile	18	32	28	47
Weder noch	29	26	27	23
Unentschieden, weiß nicht	17	15	15	11
	100	100	100	100

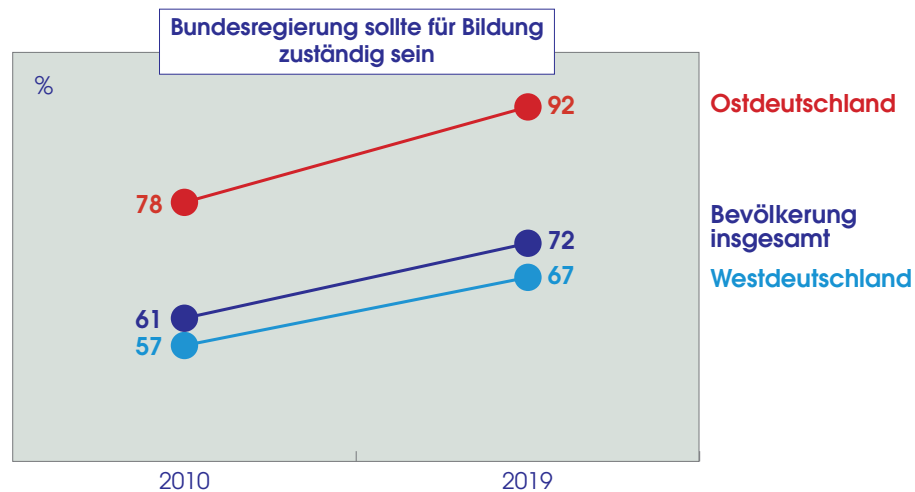
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, 11017, 12000

© IfD-Allensbach

Insbesondere der Bildungsföderalismus ist der Bevölkerung immer mehr ein Dorn im Auge. 72 Prozent halten es im Interesse einheitlicher Anforderungen an den Schulen für besser, wenn der Bund für Bildungspolitik zuständig ist, lediglich 17 Prozent sprechen sich grundsätzlich für eine Zuständigkeit der Bundesländer aus. In Ostdeutschland fällt das Meinungsbild noch eindeutiger aus: Dort ziehen 92 Prozent eine Zuständigkeit des Bundes vor, lediglich 5 Prozent den derzeitigen Bildungsföderalismus. Innerhalb des letzten Jahrzehnts ist die Unterstützung für die Verlagerung der Zuständigkeit für Bildungspolitik auf die Bundesebene von 61 auf 72 Prozent angestiegen.

Für bildungspolitische Zuständigkeit des Bundes ...

Frage: "Es wird ja häufig darüber diskutiert, wer für die Bildungspolitik, die Schulen zuständig sein sollte. Die einen sagen, für die Schulbildung sollte die Bundesregierung zuständig sein, um überall in Deutschland die gleiche Qualität der Schulen und ein einheitliches Bildungsniveau zu gewährleisten. Die anderen sagen, für die Schulbildung sollten die Bundesländer zuständig sein, damit es einen Wettbewerb um das beste Schulsystem zwischen den Bundesländern gibt. Welcher Meinung sind Sie?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10050, 12000

© IfD-Allensbach

Wenn sich die Bürger nicht eindeutig zwischen der Bundes- und der Länderebene entscheiden müssen, sondern auch eine gemeinsame Zuständigkeit in die Diskussion eingeführt wird, unterstützt die Mehrheit allerdings eine geteilte Zuständigkeit. Angesichts dieser drei Optionen – alleinige Zuständigkeit der Länder, alleinige Zuständigkeit des Bundes und geteilte Zuständigkeit – sprechen sich 57 Prozent für die gemeinsame Zuständigkeit von Bund und Ländern aus, 12 Prozent für die Zuständigkeit der Länder und 21 Prozent für die alleinige Zuständigkeit des Bundes.

... oder beider Ebenen

Frage: "Für die Bildungspolitik sind ja ganz überwiegend die Bundesländer zuständig und kaum die Bundesregierung. Finden Sie es gut, dass vor allem die Bundesländer für die Bildungspolitik zuständig sind, oder fänden Sie es besser, wenn Bundesregierung und Bundesländer gemeinsam oder nur die Bundesregierung für die Bildungspolitik zuständig wären?"

	2010	2019
	%	%
Finde das gut	13	12
Gemeinsam zuständig	57	57
Nur Bundesregierung zuständig	17	21
Unentschieden	13	10
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10052, 12000

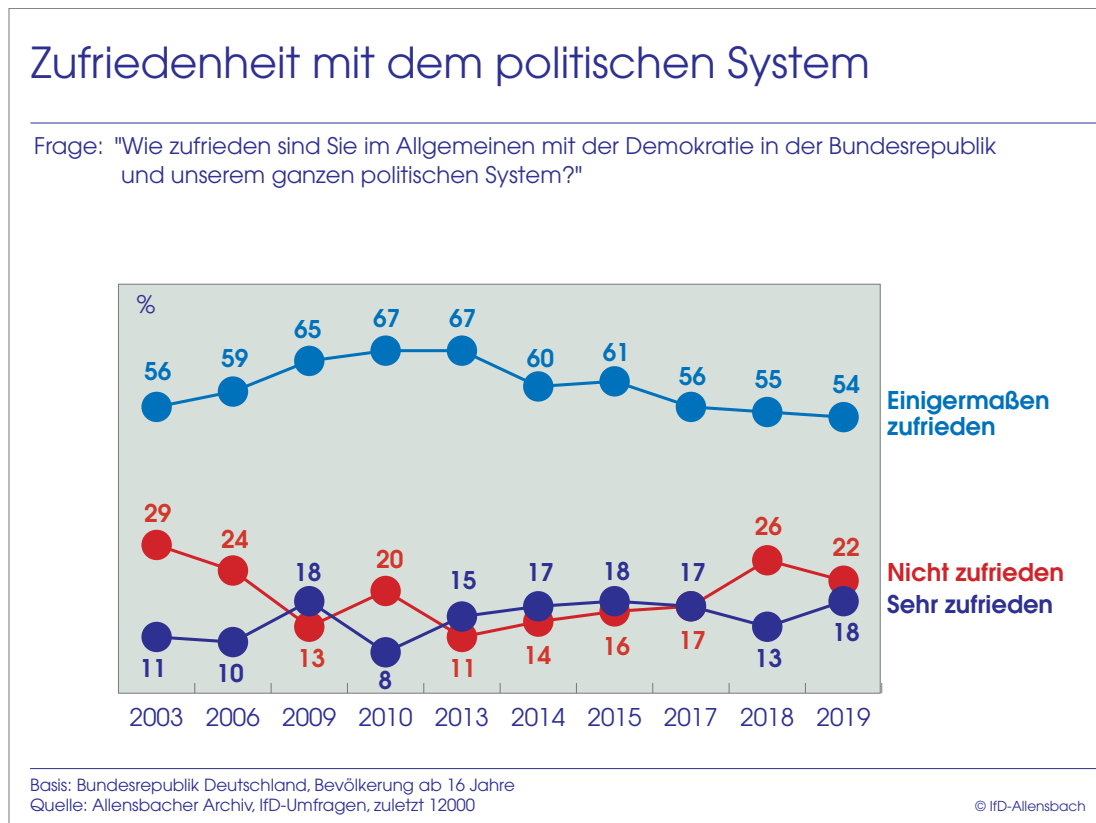
© IfD-Allensbach

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, wie gering der Rückhalt für die heutige Form des Bildungsföderalismus ist. Nur noch eine kleine Minderheit unterstützt eine Bildungspolitik, die ausschließlich oder vorwiegend Hoheitsgebiet der Länder ist.

PRÄFERENZ FÜR DIREKTE DEMOKRATIE

Ein anderes Feld, das im Grundgesetz geregelt ist, die Verankerung der repräsentativen Demokratie, wird ebenfalls von vielen Bürgern kritisch gesehen. Zwar ist die große Mehrheit mit dem demokratischen System der Bundesrepublik an sich im Großen und Ganzen zufrieden: 18 Prozent sind sehr zufrieden, weitere 54 Prozent zumindest einigermaßen zufrieden. Der Anteil der Unzufriedenen liegt zurzeit bei 22 Prozent und schwankt über die letzten anderthalb Jahrzehnte zwischen 11 und 29 Prozent. In Westdeutschland ziehen 19 Prozent der Bevölkerung eine kritische Bilanz der bundesdeutschen Demokratie, in Ostdeutschland 35 Prozent.⁴

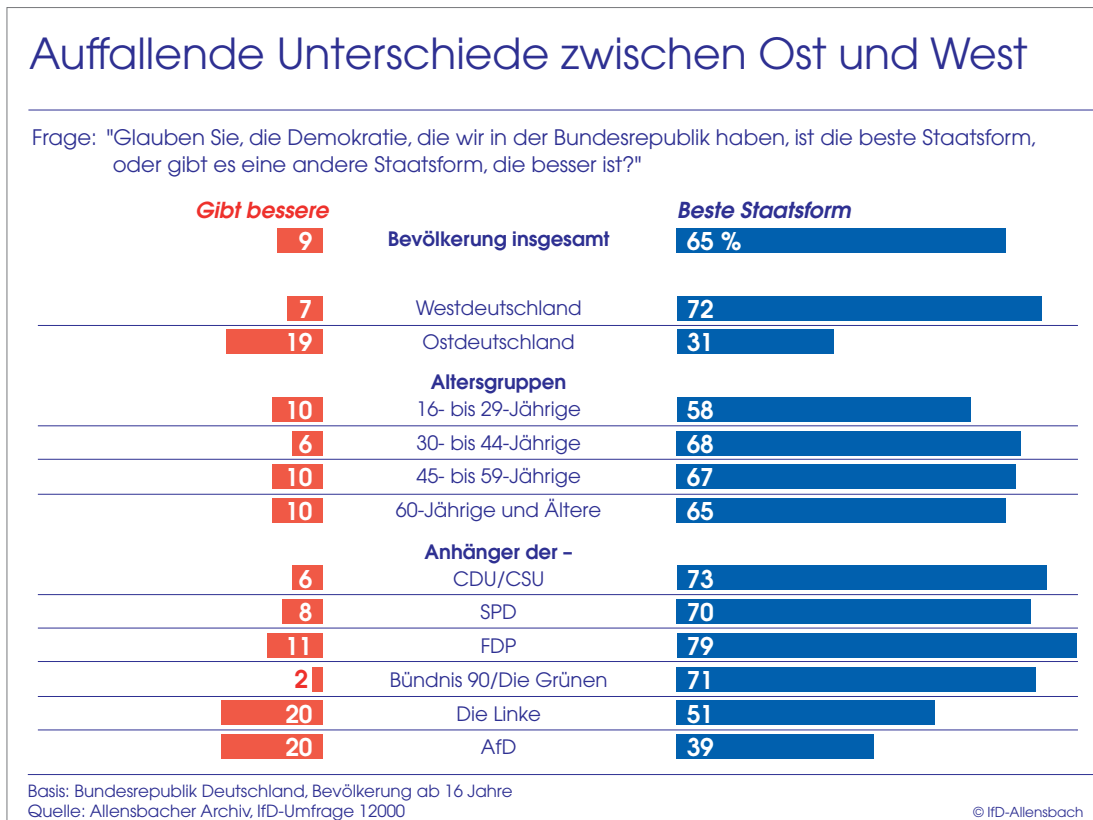
Schaubild 20



⁴ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 5.

Im Vergleich zu anderen Staatsformen halten zwei Drittel der Bevölkerung die bundesdeutsche Demokratie für überlegen, lediglich 9 Prozent sind überzeugt, dass es bessere Alternativen gibt. Hier fällt wieder die ausgeprägte Distanz der ostdeutschen Bevölkerung zum politischen System der Bundesrepublik auf. Zwar ist auch in Ostdeutschland nur eine Minderheit, 19 Prozent der Bevölkerung, überzeugt, dass es eine überlegene Alternative gibt. Gleichzeitig sind jedoch auch nur 31 Prozent überzeugt, dass die bundesdeutsche Demokratie die beste zur Verfügung stehende Option ist – eine Überzeugung, die 72 Prozent der westdeutschen Bevölkerung vertreten. Auch innerhalb des Parteienspektrums gibt es auffallende Unterschiede. Während die Anhänger der Unionsparteien, der SPD, FDP und der Grünen mit überwältigender Mehrheit überzeugt sind, dass es zu der bundesdeutschen Demokratie keine überzeugende Alternative gibt, vertritt nur die Hälfte der Anhänger der Linken und eine Minderheit der AfD-Anhänger diese Position. Von den Anhängern der AfD halten 39 Prozent die bundesdeutsche Demokratie für überlegen, während 20 Prozent davon ausgehen, dass es bessere Alternative gäbe.

Schaubild 21



Die insgesamt breite Unterstützung für das politische System der Bundesrepublik ist nicht mit einer vergleichbar großen Unterstützung für die repräsentative Demokratie gleichzusetzen. Die Bevölkerung hat eine ausgeprägte Zuneigung zu dem Gedanken, über Volksabstimmungen mehr Einfluss auf politische Entscheidungen zu bekommen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind konstant überzeugt, dass es die Demokratie stärken würde, wenn die Bevölkerung in wichtigen Fragen direkt abstimmen könnte. In Ostdeutschland findet dieser Gedanke noch mehr Unterstützung als in Westdeutschland: 64 Prozent der Westdeutschen, 76 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass Plebiszite die Demokratie stärken würden.

Schaubild 22

Pro Plebiszite				
Frage: "Wenn die Bevölkerung in wichtigen Fragen direkt abstimmen könnte: Finden Sie, das wäre gut für unsere Demokratie, würde sie das stärken, oder wäre das nicht gut, hätte das keinen guten Einfluss auf unsere Demokratie?"				
	Bevölkerung insgesamt		West-deutschland	Ost-deutschland
	2010	2019	2019	2019
	%	%	%	%
Gut für unsere Demokratie	65	66	64	76
Nicht gut für unsere Demokratie	15	19	20	13
Unentschieden, keine Angabe	20	15	16	11
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, 10062, 12000

© IfD-Allensbach

Grundsätzlich stellen vereinzelte Plebiszite in wichtigen Fragen das System der repräsentativen Demokratie nicht in Frage. Die Mehrheit der Bevölkerung geht jedoch durchaus so weit, die repräsentative Demokratie insgesamt zur Disposition zu stellen.

50 Prozent der Bevölkerung sprechen sich für eine direkte Demokratie aus, in der möglichst viele Entscheidungen in Volksabstimmungen getroffen werden. Lediglich 34 Prozent vertreten das System der repräsentativen Demokratie; zwar hat die Unterstützung für die repräsentative Demokratie in den letzten zwanzig Jahren zugenommen, aber lediglich tendenziell von 31 auf 34 Prozent. In Ostdeutschland spricht sich sogar eine Zwei-Drittel-Mehrheit für eine direkte Demokratie aus, in der möglichst viele politische Entscheidungen in Volksabstimmungen getroffen werden. Die Bevölkerung erhofft sich durch mehr Volksabstimmungen mehr Einfluss, wobei wenig dafür spricht, dass Volksabstimmungen auch nur annähernd zu so ausgewogenen Ergebnissen führen würden wie in der Schweiz.

Schaubild 23

Präferenz für mehr direkte Demokratie					
Frage: "Hier unterhalten sich zwei über verschiedene Formen der Demokratie. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der obere oder der untere?"					
	Bevölkerung insgesamt			West-deutschland	Ost-deutschland
	1998	2010	2019	2019	2019
	%	%	%	%	%
Der obere: "Ich bin für eine repräsentative Demokratie, also, dass das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Die Abgeordneten sind doch meistens besser informiert."	31	32	34	38	15
Der untere: "Ich bin für eine direkte Demokratie, also dass möglichst viele politische Entscheidungen in Volksabstimmungen getroffen werden. Dann geschieht wirklich das, was das Volk will."	54	51	50	46	68
Unentschieden	15	17	16	16	17
	100	100	100	100	100

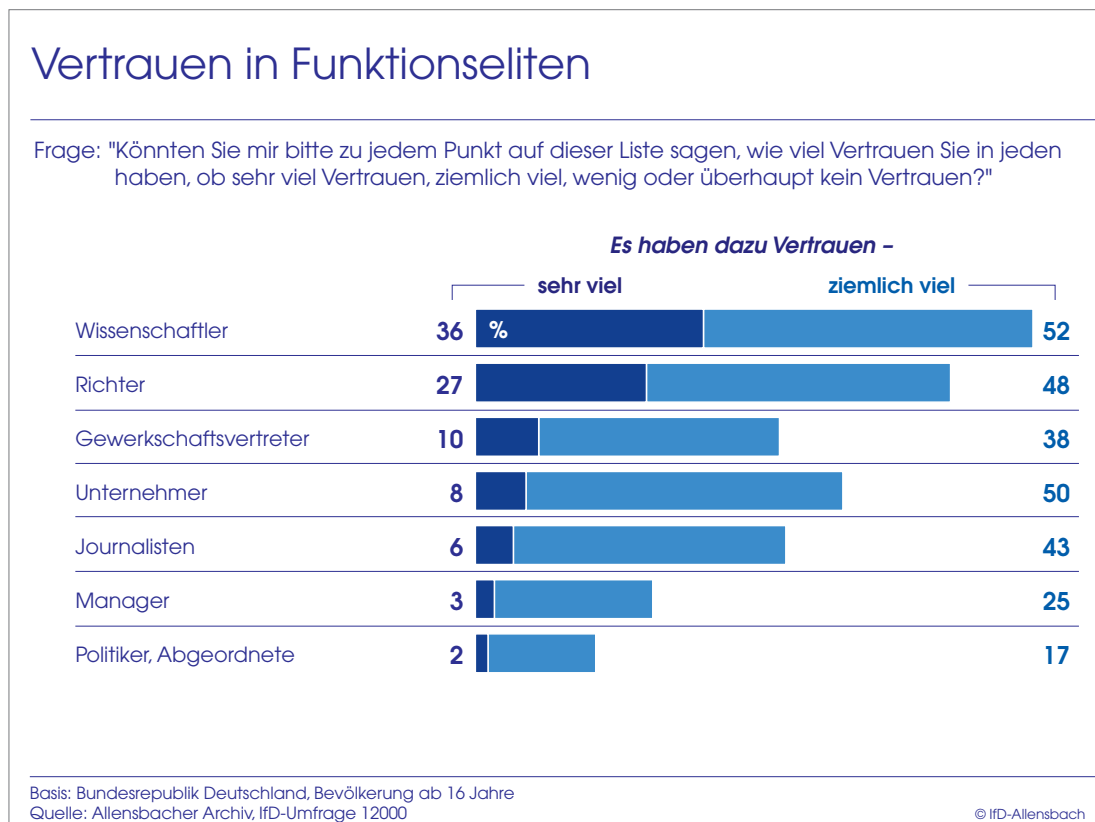
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, 5139, 10062 und 12000

© IfD-Allensbach

WENIG VERTRAUEN IN DIE POLITIK

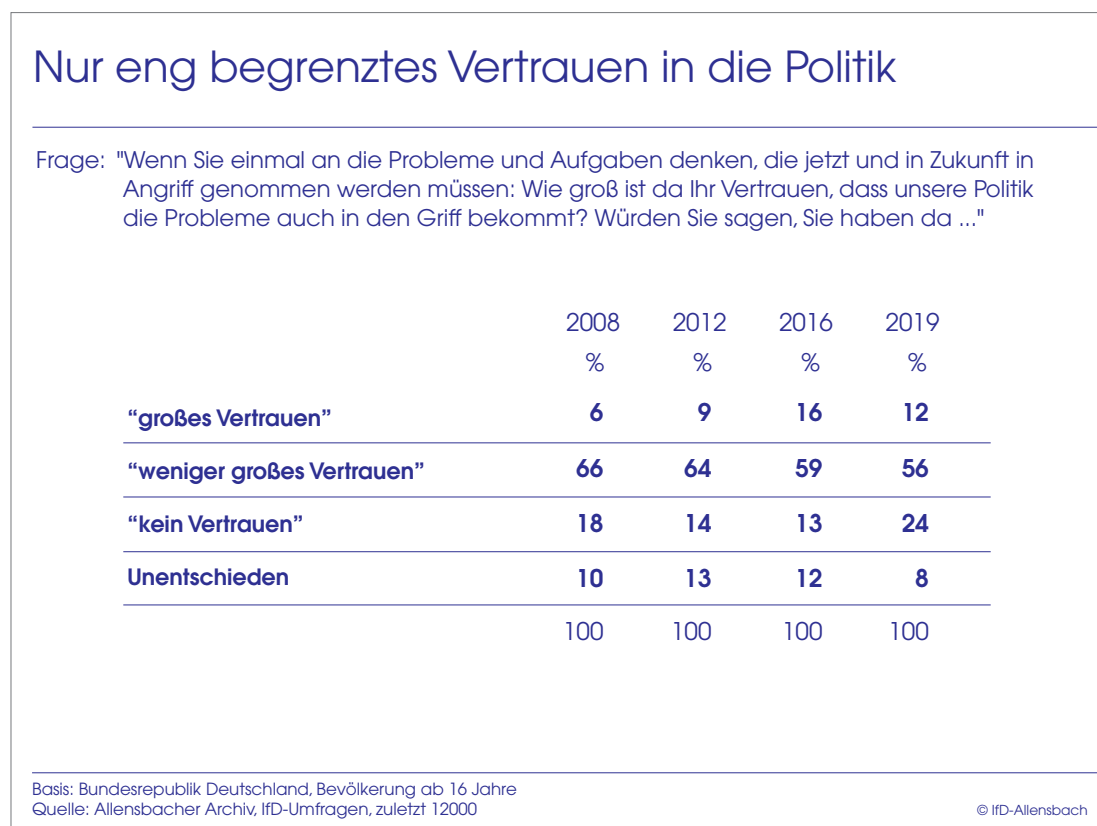
Ein Merkmal politischer Karrieren ist die stete Beobachtung und Kritik durch die politische Konkurrenz wie durch Medien und Öffentlichkeit. Dies hat dazu beigetragen, dass keiner Funktionselite heute weniger Vertrauen entgegengebracht wird als der Politik und speziell Abgeordneten. Während die große Mehrheit Wissenschaftlern und Richtern Vertrauen entgegenbringt, die Mehrheit auch Unternehmern und rund die Hälfte der Bevölkerung Gewerkschaftsvertretern und Journalisten, genießen Manager und vor allem Politiker auffallend wenig Vertrauen. Während 49 Prozent der Bevölkerung Journalisten Vertrauen entgegenbringen, sprechen lediglich 19 Prozent Politikern und speziell Abgeordneten ihr Vertrauen aus. In Bezug auf führende Wirtschaftsleute trennt die Bevölkerung scharf zwischen Unternehmern und Managern: 58 Prozent haben sehr großes oder großes Vertrauen in Unternehmer, lediglich 28 Prozent in Manager. Damit schneiden die vielfach kritisierten Manager jedoch ebenfalls noch signifikant besser ab als Politiker.

Schaubild 24



Auch das Vertrauen, dass die Politik die Herausforderungen der Zukunft in den Griff bekommt, hält sich in engen Grenzen. Lediglich 12 Prozent haben großes Vertrauen, 56 Prozent weniger großes Vertrauen. Der Anteil, der der Politik rundweg das Misstrauen ausspricht, macht zurzeit 24 Prozent der Bevölkerung aus. Dies ist im Zeitvergleich ein deutlich höherer Wert als noch vor einigen Jahren, als dieser Anteil in der Bandbreite zwischen 18 und 13 Prozent schwankte.

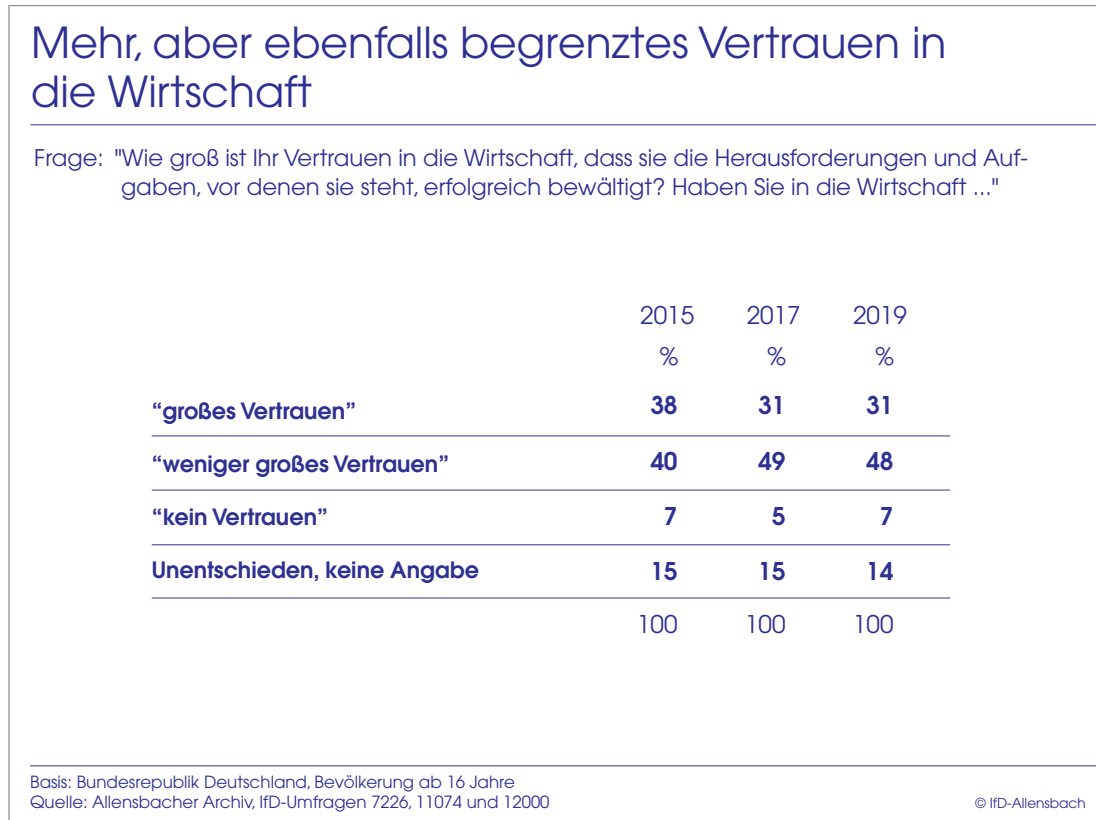
Schaubild 25



Auch das Vertrauen in die Wirtschaft ist begrenzt, jedoch signifikant größer als das Vertrauen in die Politik. So bekunden 31 Prozent der Bevölkerung großes Vertrauen, dass sie den Herausforderungen gewachsen ist, mit denen sie zurzeit konfrontiert ist, während 48 Prozent hier nur begrenztes Vertrauen haben und 7 Prozent überhaupt kein Vertrauen. In den letzten Jahren ist das Vertrauen in die Wirtschaft teilweise erodiert; 2015 bekundeten noch 38 Prozent großes Vertrauen, aktuell 31 Prozent. Anders als im

politischen Bereich ist jedoch der Anteil der Bevölkerung, der der Wirtschaft pauschal ihr Misstrauen ausspricht, heute nicht größer als vor vier Jahren.

Schaubild 26



Das begrenzte Vertrauen in die Politik wiegt in einer repräsentativen Demokratie schwerer als in anderen Systemen, denn das Konzept der repräsentativen Demokratie baut auf Vertrauen. Entsprechend muss eine Gesellschaft mit einer repräsentativen Demokratie auch immer um Vertrauensbildung bemüht sein, sei es durch die Qualifikation der politischen Eliten, sei es durch den Umgang von Medien und Gesellschaft mit dem politischen Bereich.

Allensbach am Bodensee,
am 3. April 2019

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewiesen wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Schulbildung

Einfache Schule = höchstens Volks- oder Hauptschulabschluss

Mittlere Schule = Realschulabschluss (Mittlere Reife)

Höhere Schule = Fachhochschulreife, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife (Abitur, Fachabitur)

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

Politisch

Interessierte = Personen, die sich für Politik interessieren

Desinteressierte = Personen, die sich nicht besonders bzw. gar nicht für Politik interessieren

TABELLEN

Grundvertrauen des Bürgers

Repräsentative Demokratie und Föderalismus

70 Jahre Grundgesetz

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINMAL EINE REIHE VON GRUNDRECHTEN. NACH ALLEM, WAS SIE WISSEN ODER VERMUTEN: WAS DAVON IST IM IM GRUNDGESETZ GARANTIERT? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	1301	1007	294	644	657	213	250	356	482	336	426	539	617	397
DASS DIE WÜRDE DES MENSCHEN UNANTASTBAR IST	94.3	93.7	96.8	94.6	94.0	91.9	92.3	96.7	94.8	93.1	94.9	94.8	97.3	90.3
DASS JEDER SEINE MEINUNG FREI SAGEN DARF	89.2	89.0	89.8	89.0	89.3	89.2	88.8	91.9	87.2	86.3	89.5	91.4	93.7	85.8
DASS NIEMAND WEGEN SEINER ABSTAMMUNG, SEINER SPRACHE, SEINER HEIMAT, SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSICHTEN BENACH- TEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN DARF	83.9	84.2	82.7	83.4	84.4	77.7	82.6	85.1	86.9	80.3	82.9	87.8	90.2	76.1
DASS MÄNNER UND FRAUEN GLEICH- BERECHTIGT SIND	82.0	81.5	84.1	82.0	82.0	77.8	78.8	83.7	84.6	78.9	80.9	85.6	86.3	75.1
DASS JEDER SEINE RELIGION UNGESTÖRT AUSÜBEN DARF	80.9	80.9	81.1	83.0	78.9	78.1	75.6	81.8	84.8	81.8	78.3	82.3	85.9	76.3
DASS BÜRGER AN DEMONSTRATIONEN UND POLITISCHEN VERSAMMLUNGEN TEILNEHMEN KÖNNEN ...	78.9	78.2	82.2	79.2	78.7	77.2	81.3	80.4	77.3	76.2	78.0	82.1	83.7	74.7
DASS DIE MEDIEN FREI ÜBER ALLE THEMEN BERICHTEN DÜRFEN, DASS ES KEINE ZENSUR GIBT (PRESSEFREIHEIT)	76.1	76.5	74.3	76.9	75.3	69.0	76.8	82.5	74.1	69.8	77.2	80.6	84.4	64.8
DASS MAN SICH FREI ENTFALTEN KANN, SOWEIT MAN NICHT DIE RECHTE ANDERER VER- LETZT ODER GEGEN DIE VERFASSUNG VERSTÖSST	75.4	74.3	80.2	75.5	75.3	73.4	76.3	77.1	74.4	71.1	76.6	78.1	79.0	70.9

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINMAL EINE REIHE VON GRUNDRECHTEN. NACH ALLEM, WAS SIE WISSEN ODER VERMUTEN: WAS DAVON
 IST IM IM GRUNDGESETZ GARANTIERT? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	1301	1007	294	644	657	213	250	356	482	336	426	539	617	397
DASS JEDER BÜRGER VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN IHM UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	74.5	74.3	75.3	73.5	75.4	70.3	72.9	75.7	76.5	73.5	74.1	75.6	76.6	72.0
DASS DIE EIGENE WOHNUNG PRIVATSPHÄRE IST, DIE NICHT VERLETZT WERDEN DARF	71.6	72.2	68.9	70.7	72.4	67.6	69.2	73.2	73.7	70.0	69.3	74.9	74.7	69.7
DASS ES EIN BRIEFGEHEIMNIS GIBT UND TELEFON- UND INTERNETVERBINDUNGEN DER BÜRGER OHNE GESETZLICHE GRUND- LAGE NICHT ÜBERWACHT WERDEN DÜRFEN	67.9	69.4	61.4	69.3	66.6	60.5	70.4	71.9	67.0	70.6	65.3	67.9	73.5	61.7
DASS PERSONEN, DIE IN ANDEREN LÄNDERN POLITISCH VERFOLGT WERDEN, IN DEUTSCH- LAND ASYL ERHALTEN ..	65.5	65.4	65.9	67.2	63.9	62.5	66.0	67.9	64.7	59.8	66.6	69.4	71.1	59.8
DASS MAN SEINEN BERUF UND SEINEN ARBEITSPLATZ FREI WÄHLEN DARF	65.2	64.1	69.9	67.3	63.2	64.4	66.4	66.0	64.2	57.4	67.8	69.6	71.6	59.1
DASS NIEMAND WEGEN SEINER BEHINDERUNG BENACHTEILIGT WERDEN DARF	65.0	64.2	68.7	63.3	66.7	59.5	63.6	69.7	65.0	61.4	66.1	67.3	68.1	63.4
DASS JEDER DIE MÖGLICHKEIT HAT, SICH MIT BITTEN UND BESCHWERDEN AN BUNDESTAG ODER DIE LANDTAGE ZU WENDEN (PETITIONSRECHT)	59.8	59.2	62.4	61.7	57.9	53.8	54.6	63.3	63.0	55.5	57.1	65.7	68.6	49.5

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINMAL EINE REIHE VON GRUNDRECHTEN. NACH ALLEM, WAS SIE WISSEN ODER VERMUTEN: WAS DAVON
 IST IM GRUNDGESETZ GARANTIIERT? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	1301	1007	294	644	657	213	250	356	482	336	426	539	617	397
DASS MAN DORT WOHNEN DARF, WO MAN MÖCHTE	54.4	53.8	57.1	56.3	52.6	52.7	48.1	54.3	59.2	49.4	52.4	60.4	58.0	51.5
DASS MAN PERSÖN- LICHES EIGENTUM, ZUM BEISPIEL SEIN EIGENES HAUS, BESITZEN DARF	53.6	52.9	56.3	54.2	53.0	53.9	54.0	53.9	52.8	50.5	55.5	54.5	59.9	48.0
DASS ELTERN IHRE KINDER NACH IHREN VORSTELLUNGEN ERZIEHEN DÜRFEN, SOLANGE DADURCH DAS KINDESWOHL NICHT BEEINTRÄCHTIGT WIRD	52.6	54.4	44.6	49.8	55.3	45.6	56.9	54.6	52.1	55.5	50.8	51.6	55.9	48.8
DASS MAN GEWERKSCHAFTEN GRÜNDEN DARF	46.2	46.3	46.0	47.4	45.2	42.9	48.5	47.2	45.9	43.7	41.6	52.4	53.6	39.0
DASS EHELICHE UND UNEHELICHE KINDER GLEICH BEHANDELT WERDEN	41.0	39.2	48.6	38.7	43.1	38.7	41.5	39.2	43.3	40.3	41.6	41.0	42.1	43.6
DASS MAN SEIN EIGENES UNTERNEHMEN GRÜNDEN DARF, SICH SELBSTÄNDIG MACHEN KANN	40.9	40.2	44.1	40.7	41.2	42.7	43.6	41.0	38.5	38.5	41.9	42.3	43.0	40.9
DASS EINEM BÜRGER DIE DEUTSCHE STAATS- ANGEHÖRIGKEIT NICHT ENTZOGEN WERDEN DARF	39.7	41.1	33.4	37.8	41.5	33.6	39.2	41.8	41.3	41.6	36.7	40.6	39.6	42.3
DASS JEDER EINEN VEREIN GRÜNDEN DARF	35.3	35.6	33.8	36.5	34.1	31.9	35.4	38.1	34.7	31.9	32.1	40.9	39.6	33.6
DASS ES FÜR WISSEN- SCHAFT, FORSCHUNG UND LEHRE KEINE BESCHRÄNKUNGEN GIBT	29.2	29.3	28.6	31.8	26.7	29.4	28.3	28.6	30.0	25.2	26.3	35.0	34.7	24.3

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINMAL EINE REIHE VON GRUNDRECHTEN. NACH ALLEM, WAS SIE WISSEN ODER VERMUTEN: WAS DAVON IST IM IM GRUNDGESETZ GARANTIIERT? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WORTER	GEGERN
Basis	437	249	75	262	125	106	650	651	164	719	302	355	426
DASS DIE WÜRDE DES MENSCHEN UNANTASTBAR IST	96.7	94.3	91.8	97.4	87.4	92.0	96.9	92.0	93.8	94.2	94.2	95.2	95.0
DASS JEDER SEINE MEINUNG FREI SAGEN DARF	90.9	88.8	88.3	92.7	82.1	86.5	91.4	87.2	88.1	89.2	88.8	91.7	88.3
DASS NIEMAND WEGEN SEINER ABSTAMMUNG, SEINER SPRACHE, SEINER HEIMAT, SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSICHTEN BENACH- TEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN DARF	85.5	85.3	75.3	91.1	76.2	76.5	90.9	77.8	90.4	84.1	80.8	89.4	85.6
DASS MÄNNER UND FRAUEN GLEICH- BERECHTIGT SIND	85.4	80.6	77.6	85.5	73.8	81.0	88.3	76.4	81.9	83.4	80.7	84.5	81.3
DASS JEDER SEINE RELIGION UNGESTÖRT AUSÜBEN DARF	81.6	81.7	77.4	84.4	75.2	83.9	87.0	75.6	84.4	79.7	82.4	83.2	81.8
DASS BÜRGER AN DEMONSTRATIONEN UND POLITISCHEN VERSAMMLUNGEN TEILNEHMEN KÖNNEN ...	78.4	81.5	85.4	79.5	74.9	79.6	83.9	74.6	77.8	81.0	77.1	82.6	77.1
DASS DIE MEDIEN FREI ÜBER ALLE THEMEN BERICHTEN DÜRFEN, DASS ES KEINE ZENSUR GIBT (PRESSEFREIHEIT)	79.0	72.5	80.9	82.7	74.2	65.1	80.9	71.9	75.9	76.5	73.6	82.6	72.7
DASS MAN SICH FREI ENTFALTEN KANN, SOWEIT MAN NICHT DIE RECHTE ANDERER VER- LETZT ODER GEGEN DIE VERFASSUNG VERSTÖSST	79.1	74.6	67.6	75.6	70.0	76.7	79.4	71.9	73.5	76.9	73.3	77.9	77.4

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINMAL EINE REIHE VON GRUNDRECHTEN. NACH ALLEM, WAS SIE WISSEN ODER VERMUTEN: WAS DAVON IST IM IM GRUNDGESETZ GARANTIERT? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WORTER	GEGNER
Basis	437	249	75	262	125	106	650	651	164	719	302	355	426
DASS JEDER BÜRGER VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN IHM UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	76.4	76.9	76.8	75.5	64.0	74.1	78.6	70.8	72.0	76.4	70.6	76.7	73.5
DASS DIE EIGENE WOHNUNG PRIVATSPHÄRE IST, DIE NICHT VERLETZT WERDEN DARF	75.8	76.5	64.3	70.9	65.1	61.6	77.2	66.6	75.8	74.2	63.0	76.2	69.5
DASS ES EIN BRIEFGEHEIMNIS GIBT UND TELEFON- UND INTERNETVERBINDUNGEN DER BÜRGER OHNE GESETZLICHE GRUND- LAGE NICHT ÜBERWACHT WERDEN DÜRFEN	74.4	70.3	69.7	67.6	58.7	58.0	72.0	64.3	73.1	68.0	64.5	73.1	68.3
DASS PERSONEN, DIE IN ANDEREN LÄNDERN POLITISCH VERFOLGT WERDEN, IN DEUTSCH- LAND ASYL ERHALTEN ..	63.3	69.0	61.8	70.9	66.6	62.6	73.7	58.3	74.6	66.1	62.7	73.8	62.6
DASS MAN SEINEN BERUF UND SEINEN ARBEITSPLATZ FREI WÄHLEN DARF	67.6	67.0	64.7	68.1	57.9	59.9	68.4	62.4	72.7	65.7	59.2	72.8	62.8
DASS NIEMAND WEGEN SEINER BEHINDERUNG BENACHTEILIGT WERDEN DARF	70.4	62.1	65.9	64.8	65.2	61.4	67.9	62.6	68.0	65.0	62.1	66.2	65.2
DASS JEDER DIE MÖGLICHKEIT HAT, SICH MIT BITTEN UND BESCHWERDEN AN BUNDESTAG ODER DIE LANDTAGE ZU WENDEN (PETITIONSRECHT)	65.3	54.5	60.7	58.3	55.8	61.2	68.4	52.2	66.2	62.0	52.0	67.8	58.6

HIER AUF DEN KARTEN STEHEN EINMAL EINE REIHE VON GRUNDRECHTEN. NACH ALLEM, WAS SIE WISSEN ODER VERMUTEN: WAS DAVON IST IM IM GRUNDGESETZ GARANTIERT? BITTE LEGEN SIE DIE ENTSPRECHENDEN KARTEN HERAUS. (KARTENSPIELVORLAGE)
 (FRAGE 39)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WORTER	GEGNER
Basis	437	249	75	262	125	106	650	651	164	719	302	355	426
DASS MAN DORT WOHNEN DARF, WO MAN MÖCHTE	55.3	59.7	52.6	55.0	47.5	51.9	60.5	49.1	57.7	54.9	50.0	57.6	55.0
DASS MAN PERSÖN- LICHES EIGENTUM, ZUM BEISPIEL SEIN EIGENES HAUS, BESITZEN DARF	56.4	55.4	52.3	50.0	52.9	51.5	57.3	50.3	56.8	54.1	48.9	62.8	51.8
DASS ELTERN IHRE KINDER NACH IHREN VORSTELLUNGEN ERZIEHEN DÜRFEN, SOLANGE DADURCH DAS KINDESWOHL NICHT BEEINTRÄCHTIGT WIRD	57.0	47.7	47.5	48.3	55.4	53.9	55.1	50.5	55.0	53.4	48.7	58.1	50.9
DASS MAN GEWERKSCHAFTEN GRÜNDEN DARF	46.2	43.7	40.7	51.1	51.0	40.0	51.3	41.8	54.2	47.1	37.3	50.5	44.2
DASS EHELICHE UND UNEHELICHE KINDER GLEICH BEHANDELT WERDEN	43.2	38.3	43.8	37.9	45.4	40.2	45.4	37.1	48.4	42.2	35.5	42.3	40.0
DASS MAN SEIN EIGENES UNTERNEHMEN GRÜNDEN DARF, SICH SELBSTÄNDIG MACHEN KANN	40.7	44.4	43.8	39.5	43.3	32.5	43.9	38.4	50.0	42.2	32.1	44.1	38.9
DASS EINEM BÜRGER DIE DEUTSCHE STAATS- ANGEHÖRIGKEIT NICHT ENTZOGEN WERDEN DARF	42.6	39.3	38.6	31.5	41.8	46.1	42.6	37.1	36.5	40.1	38.1	41.3	39.6
DASS JEDER EINEN VEREIN GRÜNDEN DARF	35.6	36.6	29.2	37.4	34.1	34.9	38.4	32.5	46.5	33.3	33.0	40.1	35.4
DASS ES FÜR WISSEN- SCHAFT, FORSCHUNG UND LEHRE KEINE BESCHRÄNKUNGEN GIBT	32.5	30.9	21.9	24.4	28.1	31.1	36.4	22.8	35.3	30.4	22.6	31.9	31.5

BITTE LESEN SIE NOCH EINMAL ALLE KARTEN DURCH UND SUCHEN DANN DIE 10 RECHTE HERAUS, DIE IHRER MEINUNG NACH AM
 WICHTIGSTEN SIND. (KARTENSPIELVORLAGE, HÖCHSTENS 10 ANGABEN MÖGLICH)
 (FRAGE 40)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	1301	1007	294	644	657	213	250	356	482	336	426	539	617	397
DASS DIE WÜRDE DES MENSCHEN UNANTASTBAR IST	87.7	87.0	90.7	88.5	86.9	82.0	84.9	91.1	89.4	84.0	88.1	90.4	92.4	81.2
DASS JEDER SEINE MEINUNG FREI SAGEN DARF	82.3	82.6	81.4	82.0	82.7	84.1	79.7	85.1	80.7	81.0	79.3	86.1	84.8	81.6
DASS MÄNNER UND FRAUEN GLEICH- BERECHTIGT SIND	74.9	74.5	76.7	69.8	79.8	73.5	78.8	75.2	73.1	65.6	78.6	79.8	77.9	67.8
DASS NIEMAND WEGEN SEINER ABSTAMMUNG, SEINER SPRACHE, SEINER HEIMAT, SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSICHTEN BENACH- TEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN DARF	56.8	57.5	53.7	56.6	56.9	53.1	60.4	59.1	54.6	49.9	53.2	65.8	64.8	48.8
DASS DIE EIGENE WOHNUNG PRIVATSPHÄRE IST, DIE NICHT VERLETZT WERDEN DARF	56.0	56.2	55.1	55.4	56.5	52.4	52.9	57.4	58.5	57.7	55.5	54.8	53.7	59.8
DASS MAN SICH FREI ENTFALTEN KANN, SOWEIT MAN NICHT DIE RECHTE ANDERER VER- LETZT ODER GEGEN DIE VERFASSUNG VERSTÖSST	52.7	53.2	50.4	53.9	51.6	52.5	58.4	53.0	49.2	44.1	58.4	55.2	56.4	47.7
DASS DIE MEDIEN FREI ÜBER ALLE THEMEN BERICHTEN DÜRFEN, DASS ES KEINE ZENSUR GIBT (PRESSEFREIHEIT)	52.5	54.0	46.1	57.4	47.9	47.9	52.3	60.8	48.3	46.1	49.8	60.4	59.7	43.9

BITTE LESEN SIE NOCH EINMAL ALLE KARTEN DURCH UND SUCHEN DANN DIE 10 RECHTE HERAUS, DIE IHRER MEINUNG NACH AM WICHTIGSTEN SIND. (KARTENSPIELVORLAGE, HÖCHSTENS 10 ANGABEN MÖGLICH)
 (FRAGE 40)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	1301	1007	294	644	657	213	250	356	482	336	426	539	617	397
DASS ES EIN BRIEFGEHEIMNIS GIBT UND TELEFON- UND INTERNETVERBINDUNGEN DER BÜRGER OHNE GESETZLICHE GRUNDLAGE NICHT ÜBERWACHT WERDEN DÜRFEN	52.2	51.3	56.2	51.7	52.6	52.8	50.9	51.8	52.9	52.8	53.3	50.6	53.3	49.5
DASS NIEMAND WEGEN SEINER BEHINDERUNG BENACHTEILIGT WERDEN DARF	48.8	49.4	45.9	44.6	52.7	48.4	50.7	49.8	46.9	45.8	53.5	47.2	48.6	48.8
DASS BÜRGER AN DEMONSTRATIONEN UND POLITISCHEN VERSAMMLUNGEN TEILNEHMEN KÖNNEN ...	43.4	42.0	49.6	48.2	38.9	42.6	39.9	44.7	44.9	40.9	37.4	50.8	46.8	41.0
DASS JEDER BÜRGER VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN IHM UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	38.7	38.6	39.4	40.0	37.5	39.9	38.2	36.5	40.2	40.7	37.6	38.0	37.0	40.2
DASS MAN SEINEN BERUF UND SEINEN ARBEITSPLATZ FREI WÄHLEN DARF	38.7	38.3	40.3	39.3	38.1	43.8	38.4	38.1	36.7	38.3	40.8	37.1	35.6	39.7
DASS JEDER SEINE RELIGION UNGESTÖRT AUSÜBEN DARF	36.7	36.6	36.7	36.5	36.8	31.8	33.6	34.6	42.7	36.2	31.9	41.1	45.8	29.6
DASS MAN DORT WOHNEN DARF, WO MAN MÖCHTE	31.3	31.8	29.1	31.6	31.1	38.7	23.6	29.2	33.8	26.5	33.9	33.3	26.3	37.0
DASS ELTERN IHRE KINDER NACH IHREN VORSTELLUNGEN ERZIEHEN DÜRFEN, SOLANGE DADURCH DAS KINDESWOHL NICHT BEEINTRÄCHTIGT WIRD	27.4	27.3	28.2	22.4	32.2	25.0	31.0	29.8	24.7	27.7	32.2	23.1	23.4	32.1

BITTE LESEN SIE NOCH EINMAL ALLE KARTEN DURCH UND SUCHEN DANN DIE 10 RECHTE HERAUS, DIE IHRER MEINUNG NACH AM
 WICHTIGSTEN SIND. (KARTENSPIELVORLAGE, HÖCHSTENS 10 ANGABEN MÖGLICH)
 (FRAGE 40)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	1301	1007	294	644	657	213	250	356	482	336	426	539	617	397
DASS EHELICHE UND UNEHELICHE KINDER GLEICH BEHANDELT WERDEN	25.9	25.1	29.3	20.7	30.8	27.4	24.8	25.7	25.8	26.1	28.9	23.0	22.5	31.4
DASS MAN PERSÖN- LICHES EIGENTUM, ZUM BEISPIEL SEIN EIGENES HAUS, BESITZEN DARF	22.3	21.6	25.3	23.2	21.5	30.2	16.4	20.4	23.3	24.0	23.9	19.5	18.8	25.5
DASS PERSONEN, DIE IN ANDEREN LÄNDERN POLITISCH VERFOLGT WERDEN, IN DEUTSCH- LAND ASYL ERHALTEN ..	20.2	21.6	13.9	21.2	19.3	20.3	21.6	21.9	18.0	18.0	19.6	22.6	23.2	15.4
DASS EINEM BÜRGER DIE DEUTSCHE STAATS- ANGEHÖRIGKEIT NICHT ENTZOGEN WERDEN DARF	16.7	17.8	11.5	17.2	16.1	14.0	16.3	18.3	16.9	22.1	12.8	15.2	15.1	22.4
DASS JEDER DIE MÖGLICHKEIT HAT, SICH MIT BITTEN UND BESCHWERDEN AN BUNDESTAG ODER DIE LANDTAGE ZU WENDEN (PETITIONSRECHT)	15.5	15.4	15.7	17.1	13.9	15.1	14.3	14.2	17.4	17.4	14.9	14.3	16.7	14.2
DASS MAN GEWERKSCHAFTEN GRÜNDEN DARF	11.0	10.9	11.4	12.8	9.3	9.8	7.5	13.4	11.7	9.2	9.8	13.7	12.7	9.3
DASS ES FÜR WISSEN- SCHAFT, FORSCHUNG UND LEHRE KEINE BESCHRÄNKUNGEN GIBT	10.2	9.8	11.9	11.3	9.1	14.7	11.3	7.3	9.6	4.3	7.9	17.2	13.8	7.1
DASS MAN SEIN EIGENES UNTERNEHMEN GRÜNDEN DARF, SICH SELBSTÄNDIG MACHEN KANN	8.1	7.9	8.8	9.1	7.1	10.7	6.5	6.9	8.7	8.0	6.9	9.2	7.0	9.7

BITTE LESEN SIE NOCH EINMAL ALLE KARTEN DURCH UND SUCHEN DANN DIE 10 RECHTE HERAUS, DIE IHRER MEINUNG NACH AM WICHTIGSTEN SIND. (KARTENSPIELVORLAGE, HÖCHSTENS 10 ANGABEN MÖGLICH)
 (FRAGE 40)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WORTER	GEGERN
Basis	437	249	75	262	125	106	650	651	164	719	302	355	426
DASS DIE WÜRDE DES MENSCHEN UNANTASTBAR IST	91.2	85.7	89.5	91.0	83.5	81.1	91.2	84.5	87.8	87.8	89.5	89.7	89.1
DASS JEDER SEINE MEINUNG FREI SAGEN DARF	82.5	83.1	84.3	85.1	79.7	82.8	83.8	81.1	74.4	83.1	86.4	82.4	84.8
DASS MÄNNER UND FRAUEN GLEICH- BERECHTIGT SIND	76.6	75.2	71.6	82.2	71.6	63.0	77.0	73.1	77.5	77.9	69.0	78.0	75.5
DASS NIEMAND WEGEN SEINER ABSTAMMUNG, SEINER SPRACHE, SEINER HEIMAT, SEINER RELIGIÖSEN ODER POLITISCHEN ANSICHTEN BENACH- TEILIGT ODER BEVORZUGT WERDEN DARF	53.7	61.1	50.0	69.7	60.7	33.5	58.9	54.9	66.7	57.9	52.0	62.1	58.6
DASS DIE EIGENE WOHNUNG PRIVATSPHÄRE IST, DIE NICHT VERLETZT WERDEN DARF	60.3	57.3	52.4	51.8	52.0	60.4	56.2	55.8	56.8	57.1	56.0	52.6	57.2
DASS MAN SICH FREI ENTFALTEN KANN, SOWEIT MAN NICHT DIE RECHTE ANDERER VER- LETZT ODER GEGEN DIE VERFASSUNG VERSTÖSST	54.5	47.5	67.1	58.1	43.5	49.3	53.9	51.7	48.4	53.6	56.1	57.1	55.5
DASS DIE MEDIEN FREI ÜBER ALLE THEMEN BERICHTEN DÜRFEN, DASS ES KEINE ZENSUR GIBT (PRESSEFREIHEIT)	50.4	47.0	59.2	61.1	56.1	51.3	57.2	48.4	49.0	52.4	55.1	57.6	55.8

BITTE LESEN SIE NOCH EINMAL ALLE KARTEN DURCH UND SUCHEN DANN DIE 10 RECHTE HERAUS, DIE IHRER MEINUNG NACH AM
 WICHTIGSTEN SIND. (KARTENSPIELVORLAGE, HÖCHSTENS 10 ANGABEN MÖGLICH)
 (FRAGE 40)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WORTER	GEGNER
Basis	437	249	75	262	125	106	650	651	164	719	302	355	426
DASS ES EIN BRIEFGEHEIMNIS GIBT UND TELEFON- UND INTERNETVERBINDUNGEN DER BÜRGER OHNE GESETZLICHE GRUND- LAGE NICHT ÜBERWACHT WERDEN DÜRFEN	56.9	49.9	65.3	49.7	41.2	49.0	51.0	53.1	45.8	55.1	49.9	52.7	54.6
DASS NIEMAND WEGEN SEINER BEHINDERUNG BENACHTEILIGT WERDEN DARF	51.0	44.3	42.6	54.5	58.1	36.5	45.9	51.2	46.6	48.8	51.5	49.1	48.6
DASS BÜRGER AN DEMONSTRATIONEN UND POLITISCHEN VERSAMMLUNGEN TEILNEHMEN KÖNNEN ...	37.0	43.3	47.6	42.7	49.6	55.8	50.2	37.5	35.6	44.6	46.3	42.3	48.3
DASS JEDER BÜRGER VOR GERICHT KLAGEN KANN, WENN IHM UNRECHT ZUGEFÜGT WURDE	38.9	37.2	42.5	38.5	40.0	42.2	40.6	37.1	41.1	38.9	37.7	36.5	39.7
DASS MAN SEINEN BERUF UND SEINEN ARBEITSPLATZ FREI WÄHLEN DARF	40.4	36.2	35.4	38.3	36.6	41.1	38.3	38.9	38.3	37.6	39.3	39.1	34.3
DASS JEDER SEINE RELIGION UNGESTÖRT AUSÜBEN DARF	40.6	43.2	29.8	37.9	29.2	22.0	40.9	33.0	39.6	38.9	29.7	43.3	34.3
DASS MAN DORT WOHNEN DARF, WO MAN MÖCHTE	30.3	32.2	38.4	25.1	40.2	35.4	30.6	32.0	24.9	31.9	32.0	30.5	27.7
DASS ELTERN IHRE KINDER NACH IHREN VORSTELLUNGEN ERZIEHEN DÜRFEN, SOLANGE DADURCH DAS KINDESWOHL NICHT BEEINTRÄCHTIGT WIRD	30.8	24.0	23.6	21.3	30.2	29.7	23.7	30.8	24.2	29.5	24.0	29.0	26.2

BITTE LESEN SIE NOCH EINMAL ALLE KARTEN DURCH UND SUCHEN DANN DIE 10 RECHTE HERAUS, DIE IHRER MEINUNG NACH AM WICHTIGSTEN SIND. (KARTENSPIELVORLAGE, HÖCHSTENS 10 ANGABEN MÖGLICH)
 (FRAGE 40)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B. 90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WORTER	GEGERN
Basis	437	249	75	262	125	106	650	651	164	719	302	355	426
DASS EHELICHE UND UNEHELICHE KINDER GLEICH BEHANDELT WERDEN	25.8	22.4	26.2	26.9	33.5	25.3	23.6	27.8	23.8	28.1	22.7	21.5	29.3
DASS MAN PERSÖN- LICHES EIGENTUM, ZUM BEISPIEL SEIN EIGENES HAUS, BESITZEN DARF	23.7	19.8	28.4	16.8	26.9	29.1	21.5	23.0	22.9	22.1	23.4	26.5	21.8
DASS PERSONEN, DIE IN ANDEREN LÄNDERN POLITISCH VERFOLGT WERDEN, IN DEUTSCH- LAND ASYL ERHALTEN ..	18.4	20.8	25.6	29.5	22.7	5.0	24.1	16.8	20.6	21.8	17.0	26.1	15.0
DASS EINEM BÜRGER DIE DEUTSCHE STAATS- ANGEHÖRIGKEIT NICHT ENTZOGEN WERDEN DARF	17.4	17.7	17.9	13.3	17.7	16.7	15.9	17.3	20.2	15.5	16.2	17.1	13.6
DASS JEDER DIE MÖGLICHKEIT HAT, SICH MIT BITTEN UND BESCHWERDEN AN BUNDESTAG ODER DIE LANDTAGE ZU WENDEN (PETITIONSRECHT)	14.1	17.5	17.1	13.5	19.1	20.0	16.4	14.7	16.9	15.9	16.2	17.0	16.2
DASS MAN GEWERKSCHAFTEN GRÜNDEN DARF	7.2	15.6	5.3	9.4	23.0	9.7	12.6	9.6	9.8	11.5	10.1	11.4	14.3
DASS ES FÜR WISSEN- SCHAFT, FORSCHUNG UND LEHRE KEINE BESCHRÄNKUNGEN GIBT	8.5	9.6	8.2	10.8	15.4	12.2	14.1	6.8	14.6	9.8	8.2	13.6	11.1
DASS MAN SEIN EIGENES UNTERNEHMEN GRÜNDEN DARF, SICH SELBSTÄNDIG MACHEN KANN	8.1	7.8	6.8	7.3	7.2	10.7	7.6	8.5	9.4	7.6	9.2	5.7	7.9

HALBGRUPPE A..... 657

SOWEIT SIE DAS SAGEN KÖNNEN: GIBT ES HEUTE ENTWICKLUNGEN ODER AKTUELLE THEMEN, BEI DENEN DAS GRUNDGESETZ KEINE ZEIT-
 GEMÄSSE REGELUNG MEHR BIETET UND ÜBERHÖLT IST? WELCHE THEMEN WÄREN DAS?
 (FRAGE 42/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	657	508	149	320	337	97	125	190	245	154	220	283	333	186
THEMENBEREICH ASYL, FLÜCHTLINGE, AUSLÄNDER, STAATSBÜRGERSCHAFT..	10.1	10.4	8.5	8.6	11.5	9.0	7.9	9.9	12.1	7.1	12.7	10.2	11.5	8.5
THEMENBEREICH DIGITALISIERUNG, INTERNET, DATENVERÄRBEITUNG (AUCH DATENSCHUTZ)	4.9	4.6	6.4	5.6	4.3	4.4	3.7	5.2	5.8	4.8	3.5	6.3	6.9	2.0
THEMENBEREICH KRIMINALITÄT, STRAFVERFOLGUNG	2.9	3.3	1.0	2.4	3.2	7.3	3.7	1.3	1.3	3.1	4.2	1.6	2.5	3.8
GENDER THEMATIK (GLEICHBERECHTIGUNG MÄNNER-FRAUEN, HOMOSEXUELLE, 3. GESCHLECHT)	2.2	2.2	2.1	2.6	1.8	1.9	1.7	4.3	0.8	-	2.3	3.7	3.7	0.5
THEMENBEREICH RELIGION, GLAUBE, BEZUG AUF GOTT IM GRUNDGESETZ	1.7	1.7	1.4	1.4	1.9	-	0.3	2.4	2.8	0.7	1.2	2.8	2.4	0.9
THEMENBEREICH UMWELTSCHUTZ, NACHHALTIGKEIT, TIERSCHUTZ	1.7	2.0	-	2.0	1.3	1.5	1.4	1.1	2.3	0.6	1.3	2.8	3.0	-
VOLKSABSTIMMUNGEN, BÜRGERBEFRAGUNGEN ..	0.7	0.6	1.4	0.8	0.6	-	-	1.4	1.0	0.4	1.0	0.7	0.9	-
THEMENBEREICH BILDUNG, BILDUNGS- SYSTEM (Z.B. LÄNDER- HOHEIT IM BILDUNGS- SYSTEM)	0.2	0.3	-	0.3	0.2	0.8	-	-	0.3	-	0.4	0.2	0.4	-

HALBGRUPPE A..... 657

SOWEIT SIE DAS SAGEN KÖNNEN: GIBT ES HEUTE ENTWICKLUNGEN ODER AKTUELLE THEMEN, BEI DENEN DAS GRUNDGESETZ KEINE ZEIT-
 GEMÄSSE REGELUNG MEHR BIETET UND ÜBERHÖLT IST? WELCHE THEMEN WÄREN DAS?
 (FRAGE 42/A)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WÖRTER	EGGNER
Basis	245	127	39	127	47	50	324	333	102	366	124	170	223
THEMENBEREICH ASYL, FLÜCHTLINGE, AUSLÄNDER, STAATSBÜRGERSCHAFT..	9.7	8.3	10.8	6.1	3.4	26.3	14.8	5.9	5.0	11.7	11.3	13.1	9.4
THEMENBEREICH DIGITALISIERUNG, INTERNET, DATENVERÄRBEITUNG (AUCH DATENSCHUTZ)	4.8	3.2	8.1	7.0	7.8	2.7	7.4	2.8	6.1	6.4	1.6	6.5	5.1
THEMENBEREICH KRIMINALITÄT, STRAFVERFOLGUNG	3.7	-	-	1.2	2.6	7.2	3.6	2.2	1.5	3.4	3.7	2.4	2.9
GENDER THEMATIK (GLEICHBERECHTIGUNG MÄNNER-FRAUEN, HOMOSEXUELLE, 3. GESCHLECHT)	0.9	3.5	-	6.0	1.2	-	2.9	1.5	3.1	2.7	0.4	4.3	1.4
THEMENBEREICH RELIGION, GLAUBE, BEZUG AUF GOTT IM GRUNDGESETZ	1.6	1.2	-	4.3	1.7	-	2.0	1.4	0.5	2.4	1.3	2.4	2.4
THEMENBEREICH UMWELTSCHUTZ, NACHHALTIGKEIT, TIERSCHUTZ	0.4	1.8	-	3.5	2.5	3.6	3.0	0.5	0.8	2.0	1.3	5.1	0.3
VOLKSABSTIMMUNGEN, BÜRGERBEFRAGUNGEN ..	0.4	1.3	-	-	5.0	-	1.3	0.2	-	0.7	1.7	0.6	0.7
THEMENBEREICH BILDUNG, BILDUNGS- SYSTEM (Z.B. LÄNDER- HOHEIT IM BILDUNGS- SYSTEM)	-	0.5	-	0.8	-	-	0.2	0.3	-	0.2	-	-	0.4

HALBGRUPPE B..... 644

SOWEIT SIE DAS SAGEN KÖNNEN: GIBT ES ETWAS, DAS IM GRUNDGESETZ GEÄNDERT WERDEN MÜSSTE ODER DAS NEU INS GRUNDGESETZ
 AUFGENOMMEN WERDEN MÜSSTE? WAS WÄRE DAS?
 (FRAGE 42/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				SCHULBILDUNG			70 JAHRE GG	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	EIN- FACHE	MITT- LERE	HÖHE- RE	GRUND ZUM FEIERN	NEIN
Basis	644	499	145	324	320	116	125	166	237	182	206	256	284	211
THEMENBEREICH ASYL, FLÜCHTLINGE, AUSLÄNDER, STAATSBÜRGERSCHAFT...	7.5	7.9	5.4	8.8	6.2	3.2	8.4	9.3	7.6	6.2	9.8	6.7	5.4	11.6
THEMENBEREICH RELIGION, GLAUBE, BEZUG AUF GOTT IM GRUNDGESETZ	2.5	1.7	6.2	3.0	2.0	0.5	2.7	4.0	2.3	1.5	3.4	2.7	0.7	4.4
THEMENBEREICH DIGITALISIERUNG, INTERNET, DATENVERÄRBEITUNG (AUCH DATENSCHUTZ)	2.4	2.8	0.8	2.6	2.3	6.8	0.5	1.3	2.3	1.4	1.3	4.4	2.6	2.0
THEMENBEREICH UMWELTSCHUTZ, NACHHALTIGKEIT, TIERSCHUTZ	2.2	2.7	-	1.6	2.9	2.2	3.3	1.5	2.2	1.8	3.1	1.9	3.8	0.7
GENDER THEMATIK (GLEICHBERECHTIGUNG MÄNNER-FRAUEN, HOMOSEXUELLE, 3. GESCHLECHT)	2.0	1.6	4.0	1.7	2.4	-	3.2	1.7	2.6	0.9	3.5	1.8	2.5	1.7
THEMENBEREICH BILDUNG, BILDUNGS- SYSTEM (Z.B. LÄNDER- HOHEIT IM BILDUNGS- SYSTEM)	1.9	1.6	3.3	1.9	1.9	0.6	1.2	2.9	2.2	1.2	-	4.3	3.8	0.4
THEMENBEREICH KRIMINALITÄT, STRAFVERFOLGUNG	1.7	1.7	1.5	1.4	2.0	0.3	0.3	3.4	1.8	1.4	2.6	1.2	0.8	2.6

HALBGRUPPE B..... 644

SOWEIT SIE DAS SAGEN KÖNNEN: GIBT ES ETWAS, DAS IM GRUNDGESETZ GEÄNDERT WERDEN MÜSSTE ODER DAS NEU INS GRUNDGESETZ
 AUFGENOMMEN WERDEN MÜSSTE? WAS WÄRE DAS?
 (FRAGE 42/B)

	ANHÄNGER DER -						POLITISCH -		VERTRAUEN IN POLITIK			FÖDERALISMUS	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	AFD	INTER- ESSIERTE	DES- INTER- ESSIERTE	GROSS	WENIG	KEINES	BEFÜR- WÖRTER	EGGNER
Basis	192	122	36	135	78	56	326	318	62	353	178	185	203
THEMENBEREICH ASYL, FLÜCHTLINGE, AUSLÄNDER, STAATSBÜRGERSCHAFT...	3.8	6.9	14.3	8.3	8.0	14.7	9.5	5.7	1.8	5.4	14.3	6.9	9.2
THEMENBEREICH RELIGION, GLAUBE, BEZUG AUF GOTT IM GRUNDGESETZ	1.8	1.5	7.9	2.6	3.9	1.9	4.3	1.0	0.7	3.3	2.3	1.3	3.3
THEMENBEREICH DIGITALISIERUNG, INTERNET, DATENVERÄRBEITUNG (AUCH DATENSCHUTZ)	2.8	3.4	5.5	2.4	1.3	-	2.2	2.6	4.4	2.2	1.2	2.8	2.3
THEMENBEREICH UMWELTSCHUTZ, NACHHALTIGKEIT, TIERSCHUTZ	1.2	2.5	1.3	4.1	2.2	2.4	1.9	2.5	3.9	2.8	1.1	1.7	2.9
GENDER THEMATIK (GLEICHBERECHTIGUNG MÄNNER-FRAUEN, HOMOSEXUELLE, 3. GESCHLECHT)	0.9	3.1	7.6	1.1	2.3	-	2.0	2.0	2.5	2.2	1.6	1.7	2.6
THEMENBEREICH BILDUNG, BILDUNGS- SYSTEM (Z.B. LÄNDER- HOHEIT IM BILDUNGS- SYSTEM)	2.2	-	-	2.5	4.9	2.0	3.4	0.6	-	2.6	0.7	1.5	2.3
THEMENBEREICH KRIMINALITÄT, STRAFVERFOLGUNG	1.3	0.3	-	3.8	1.3	2.2	1.9	1.5	3.4	0.8	3.3	1.4	1.2

A N H A N G

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppen

Fragebogensauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	508	149	657	Personen
B	499	145	644	Personen
Insgesamt	1007	294	1301	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 386 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 16. Februar bis 4. März 2019 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 12.000

STATISTIK

**der in der Umfrage 12.000 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Februar/März 2019			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	18	18	18	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	20	20	20	20
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	34	34	34	34
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2017

STATISTIK

**der in der Umfrage 12.000 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Februar/März 2019			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	62	62	62	62
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	11	11	11	11
Angestellte	42	42	41	42
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	6	6	7	6
Nichterwerbspersonen	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>	<u>38</u>
	100	100	100	100
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet zusammenlebend	50	50	50	50
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	25	25	25	25
Ledig	32	32	32	32
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>	<u>10</u>
	100	100	100	100
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	15	14	14
- 5 und mehr Personen	<u>5</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>5</u>
	100	100	100	100

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2017

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 12000
Februar 2019

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

In der repräsentativen Halbgruppe A:

1.
T

INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 1 !

"Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

	SEHR VIEL	ZIEMLICH VIEL	WENIG	ÜBERHAUPT KEINES
a) Die Bundesregierung	1	2	3	4
b) Bundespräsident	5	6	7	8
c) Die Europäische Kommission	1	2	3	4
d) Bundestag	5	6	7	8
e) Die Parteien	1	2	3	4
f) Bundesrat	5	6	7	8
g) Grundgesetz	1	2	3	4
h) Bundesverfassungsgericht	5	6	7	8

In der repräsentativen Halbgruppe B:

1.
T

INTERVIEWER überreicht **graue** Liste 1 !

"Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?"
(Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

	SEHR VIEL	ZIEMLICH VIEL	WENIG	ÜBERHAUPT KEINES
a) Unternehmer	1	2	3	4
b) Journalisten	5	6	7	8
c) Politiker, Abgeordnete	1	2	3	4
d) Gewerkschaftsvertreter	5	6	7	8
e) Manager	1	2	3	4
f) Richter	5	6	7	8
g) Wissenschaftler	1	2	3	4

2. a) T	"Wenn Sie einmal an die Probleme und Aufgaben denken, die jetzt und in Zukunft in Angriff genommen werden müssen: Wie groß ist da Ihr Vertrauen, dass unsere Politik die Probleme auch in den Griff bekommt? Würden Sie sagen, Sie haben da ..."	"großes Vertrauen" 1 "weniger großes Vertrauen" 2 "kein Vertrauen" 3 UNENTSCHIEDEN 4
<hr/>		
b)	"Und wie groß ist Ihr Vertrauen in die Wirtschaft, dass sie die Herausforderungen und Aufgaben, vor denen sie steht, erfolgreich bewältigt? Haben Sie in die Wirtschaft ..."	"großes Vertrauen" 1 "weniger großes Vertrauen" 2 "kein Vertrauen" 3 UNENTSCHIEDEN 4

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

In der repräsentativen Halbgruppe A:

3. T	"Etwas anderes: Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System?"	"Sehr zufrieden" 1 "Einigermaßen zufrieden" 2 "Nicht zufrieden" 3 WEISS NICHT 4
---------	---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

3. T	"Etwas anderes: Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"	BESTE STAATSFORM 1 GIBT ANDERE, DIE BESSER IST 2 UNENTSCHIEDEN 3
---------	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

4. T	"Wenn die Bevölkerung in wichtigen Fragen direkt abstimmen könnte: Finden Sie, das wäre gut für unsere Demokratie, würde sie das stärken, oder wäre das nicht gut, hätte das keinen guten Einfluss auf unsere Demokratie?"	GUT FÜR UNSERE DEMOKRATIE 1 NICHT GUT FÜR UNSERE DEMOKRATIE... 2 UNENTSCHIEDEN 3
---------	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

4. T	INTERVIEWER überreicht weißes Bildblatt 2 ! "Hier unterhalten sich zwei über verschiedene Formen der Demokratie. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der obere oder der untere?"	DER OBERE 1 DER UNTERE 2 UNENTSCHIEDEN 3
<hr/>		
5. T	"Was meinen Sie: Hat Deutschland alles in allem mehr Vorteile dadurch, dass es Bundesländer mit eigenen Regierungen gibt, oder sehen Sie da für Deutschland eher Nachteile?"	HAT MEHR VORTEILE 1 SEHE EHER NACHTEILE 2 WEDER NOCH 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

6. T	"Wenn Sie einmal an die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern denken, was finden Sie da besser: wenn die einzelnen Bundesländer möglichst viele Dinge selber regeln können, oder wenn die meisten Dinge in Deutschland einheitlich geregelt werden?"	DINGE SELBER REGELN.....	1
		EINHEITLICHE REGELUNG	2
		KEINE ANGABE	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

6. T	"Wenn Sie einmal an die derzeitige Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern denken: Finden Sie die Aufgabenteilung in ihrer derzeitigen Form alles in allem zeitgemäß oder nicht mehr zeitgemäß?"	FINDE ICH ZEITGEMÄSS	1
		NICHT MEHR ZEITGEMÄSS	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

7. T	"Es wird ja häufig darüber diskutiert, wer für die Bildungspolitik, die Schulen zuständig sein sollte. Die einen sagen, für die Schulbildung sollte die <u>Bundesregierung</u> zuständig sein, um überall in Deutschland die gleiche Qualität der Schulen und ein einheitliches Bildungsniveau zu gewährleisten. Die anderen sagen, für die Schulbildung sollten die <u>Bundesländer</u> zuständig sein, damit es einen Wettbewerb um das beste Schulsystem zwischen den Bundesländern gibt. Welcher Meinung sind Sie?"	BUNDESREGIERUNG ZUSTÄNDIG	1
		BUNDESLÄNDER ZUSTÄNDIG	2
		UNENTSCHIEDEN	3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

7. t	"Für die Bildungspolitik sind ja ganz überwiegend die Bundesländer zuständig und kaum die Bundesregierung. Finden Sie es gut, dass vor allem die Bundesländer für die Bildungspolitik zuständig sind, oder fänden Sie es besser, wenn Bundesregierung und Bundesländer gemeinsam oder nur die Bundesregierung für die Bildungspolitik zuständig wären?"	FINDE DAS GUT	1
		GEMEINSAM ZUSTÄNDIG	2
		NUR BUNDESREGIERUNG.....	3
		UNENTSCHIEDEN	4

An späterer Stelle im Interview:**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

8. t	"Einige Fragen zu unserem Grundgesetz: Was sagen Sie eigentlich zu unserer heutigen Verfassung, ich meine zu unserem Grundgesetz. Finden Sie das Grundgesetz hat sich alles in allem bewährt, oder hat es sich nicht bewährt?"	BEWÄHRT	1
		NICHT BEWÄHRT	2
		UNENTSCHIEDEN	3
		KENNE GRUNDGESETZ NICHT	4

In der repräsentativen Halbgruppe B:

8. t	"Einige Fragen zu unserem Grundgesetz: Das Grundgesetz ist ja vor 70 Jahren entstanden. Deshalb meinen manche, wir Deutschen brauchen eine neuere Verfassung, die besser unseren Bedürfnissen und Interessen entspricht. Andere sagen dagegen, das bisherige Grundgesetz hat sich so bewährt, dass wir kein neues brauchen. Welcher Meinung sind Sie?"	NEUES GRUNDGESETZ	1
		BRAUCHEN KEIN NEUES	2
		UNENTSCHIEDEN, KEIN URTEIL	3

9. "Was verbinden Sie mit dem Grundgesetz? Ich lese Ihnen jetzt Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie beim Grundgesetz daran denken oder nicht."

a) Denken Sie beim Grundgesetz zum Beispiel an Stabilität?"	JA 1	NEIN 2	UNENTSCHIEDEN 3
b) "Und denken Sie an Freiheit?"	JA 4	NEIN 5	UNENTSCHIEDEN 6
c) "An veraltet?"	JA 7	NEIN 8	UNENTSCHIEDEN 9
d) "Demokratie?"	JA 1	NEIN 2	UNENTSCHIEDEN 3
e) "Schutz der Bürger?"	JA 4	NEIN 5	UNENTSCHIEDEN 6
f) "Erfolgsgeschichte?"	JA 7	NEIN 8	UNENTSCHIEDEN 9
g) "Kompliziert?"	JA 1	NEIN 2	UNENTSCHIEDEN 3
h) "Und schließlich, denken Sie beim Grundgesetz an fortschrittlich, modern?"	JA 4	NEIN 5	UNENTSCHIEDEN 6

In der repräsentativen Halbgruppe A:

10. "Wissen Sie zufällig, wann das Grundgesetz
T in Kraft getreten ist, in welchem Jahr?"

JA, und zwar im Jahr:

NEIN, WEISS NICHT..... X

In der repräsentativen Halbgruppe B:

10. "In den ersten 19 Artikeln des Grundgesetzes sind die sogenannten Grundrechte festgelegt.
T Können Sie mir zufällig sagen, welches Grundrecht in Artikel 1 geregelt ist, wovon da die Rede ist?"

JA, und zwar:

.....

.....

NEIN, WEISS NICHT X

11. "Die Einleitung, die sogenannte Präambel des Grundgesetzes beginnt mit den Worten:
T 'Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...'.
Finden Sie es gut, dass in der Präambel auf die Verantwortung vor Gott verwiesen wird, oder sollte man den Verweis auf Gott besser aus dem Grundgesetz streichen?"

FINDE DAS GUT 1
SOLLTE MAN STREICHEN 2
UNENTSCHIEDEN 3

12. INTERVIEWER überreicht blaues Kartenspiel !

"Hier auf den Karten stehen einmal eine Reihe von Grundrechten. Nach allem, was Sie wissen oder vermuten: Was davon ist im im Grundgesetz garantiert?
Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus." (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
/ 21 / 22 / 23 / 24 / 25 /

KEINES DAVON 0

13. INTERVIEWER überreicht nochmals das gesamte blaue Kartenspiel !
 t "Bitte lesen Sie noch einmal alle Karten durch und suchen dann die 10 Rechte heraus,
 die Ihrer Meinung nach am wichtigsten sind."
 (Höchstens 10 Angaben möglich – Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
 / 21 / 22 / 23 / 24 / 25 /

NICHTS DAVON 0
 WEISS NICHT 9

14. "Neulich sagte uns jemand:
 T ' Ich mache mir Sorgen, dass unser Grundgesetz
 bald keine Bedeutung mehr hat, weil immer
 mehr auf europäischer Ebene geregelt wird.'
 SEHEN SIE DAS AUCH SO, ODER SEHEN SIE DAS NICHT SO?"

SEHE DAS AUCH SO 1
 SEHE DAS NICHT SO 2
 UNENTSCHIEDEN 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

15. "Soweit Sie das sagen können:
 Gibt es heute Entwicklungen oder aktuelle Themen, bei denen das Grundgesetz keine
 zeitgemäße Regelung mehr bietet und überholt ist? Welche Themen wären das?"

.....

NEIN, GIBT ES NICHT 0
 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe B:

15. "Soweit Sie das sagen können:
 Gibt es etwas, das im Grundgesetz geändert werden müsste oder das neu ins
 Grundgesetz aufgenommen werden müsste? Was wäre das?"

.....

NEIN, GIBT ES NICHT 0
 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 9

16. T "Haben Sie schon mal im Grundgesetz etwas nachgesehen bzw. darin gelesen, oder ist das nicht der Fall?"	JA, NACHGESEHEN BZW. GELESEN .. 1 NEIN, NICHT DER FALL..... 2**
** Gleich übergehen zu Frage 19 !	
17. T "Und war das während der Schulzeit oder danach?"	WÄHREND DER SCHULZEIT 1 DANACH..... 2 SOWOHL ALS AUCH 3 WEISS NICHT, KEINE ANGABE 4
18. "Finden Sie die Sprache des Grundgesetzes, also die Art wie das Grundgesetz formuliert ist, verständlich oder unverständlich?"	VERSTÄNDLICH 1 UNVERSTÄNDLICH..... 2 UNENTSCHEIDEN, WEISS NICHT MEHR 3
19. "Dieses Jahr wird das Grundgesetz 70 Jahre alt. Finden Sie, das ist ein Grund zum Feiern, oder finden Sie, dass dieses Jubiläum kein Grund zum Feiern ist?"	GRUND ZUM FEIERN..... 1 KEIN GRUND ZUM FEIERN 2 UNENTSCHEIDEN 3

L I S T E 1

Dazu habe ich

– sehr viel Vertrauen

– ziemlich viel Vertrauen

– wenig Vertrauen

– überhaupt kein Vertrauen

- a) Die Bundesregierung
- b) Bundespräsident
- c) Die Europäische Kommission
- d) Bundestag
- e) Die Parteien
- f) Bundesrat
- g) Grundgesetz
- h) Bundesverfassungsgericht

L I S T E 1

Dazu habe ich

– sehr viel Vertrauen

– ziemlich viel Vertrauen

– wenig Vertrauen

– überhaupt kein Vertrauen

- a) Unternehmer
- b) Journalisten
- c) Politiker, Abgeordnete
- d) Gewerkschaftsvertreter
- e) Manager
- f) Richter
- g) Wissenschaftler

BILDBLATT 2 entfällt !

BILDBLATT 2

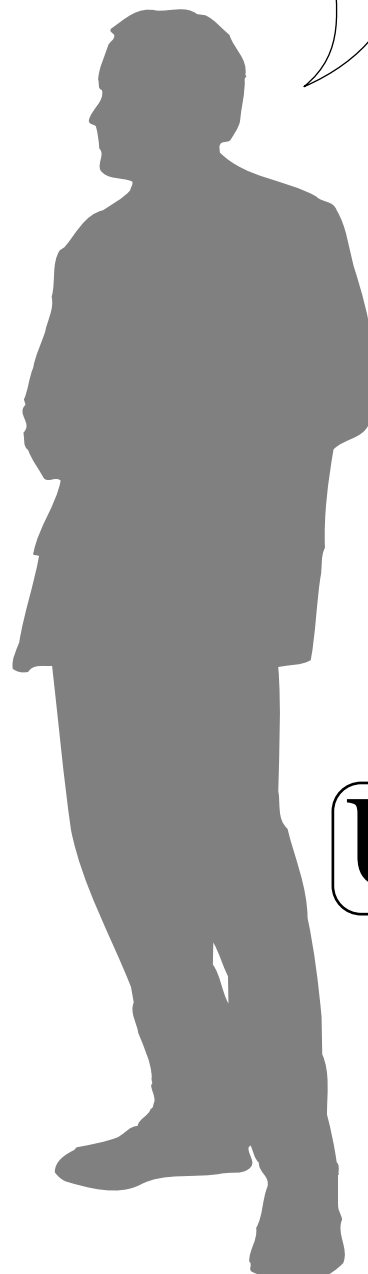
"Ich bin für eine repräsentative Demokratie, also dass das Volk das Parlament wählt und dann das Parlament die politischen Entscheidungen trifft und dafür auch die Verantwortung übernimmt. Die Abgeordneten sind doch meistens besser informiert."

"Ich bin für eine direkte Demokratie, also dass möglichst viele politische Entscheidungen in Volksabstimmungen getroffen werden. Dann geschieht wirklich das, was das Volk will."

O



U



**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten,
auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in
zufälliger Reihenfolge.**

1

Dass die Würde des Menschen unantastbar ist

1

2

Dass man sich frei entfalten kann, soweit man nicht die Rechte anderer verletzt oder gegen die Verfassung verstößt

2

3

Dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind

3

4

Dass niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat, seiner religiösen oder politischen Ansichten benachteiligt oder bevorzugt werden darf

4

5

Dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf

5

6

Dass jeder seine Religion ungestört ausüben darf

6

7

Dass jeder seine Meinung frei sagen darf

7

8

Dass die Medien frei über alle Themen berichten dürfen, dass es keine Zensur gibt (Pressefreiheit)

8

6

Dass Eltern ihre Kinder nach ihren Vorstellungen erziehen dürfen, solange dadurch das Kindeswohl nicht beeinträchtigt wird

9.

01

Dass eheliche und uneheliche Kinder gleich behandelt werden

10

11

Dass Bürger an Demonstrationen und politischen Versammlungen teilnehmen können

11

12

Dass man Gewerkschaften gründen darf

12

13

Dass jeder einen Verein gründen darf

13

14

Dass es ein Briefgeheimnis gibt und Telefon- und Internetverbindungen der Bürger ohne gesetzliche Grundlage nicht überwacht werden dürfen

14

15

Dass man dort wohnen darf, wo man möchte

15

16

Dass es für Wissenschaft, Forschung und Lehre keine Beschränkungen gibt

16

17

Dass man seinen Beruf und seinen Arbeitsplatz frei wählen darf

17

18

Dass die eigene Wohnung Privatsphäre ist, die nicht verletzt werden darf

18

19

Dass man persönliches Eigentum, zum Beispiel sein eigenes Haus, besitzen darf

19

20

Dass man sein eigenes Unternehmen gründen darf, sich selbständig machen kann

20

21

Dass einem Bürger die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden darf

21

22

Dass Personen, die in anderen Ländern politisch verfolgt werden, in Deutschland Asyl erhalten

22

23

Dass jeder die Möglichkeit hat, sich mit Bitten und Beschwerden an Bundestag oder die Landtage zu wenden (Petitionsrecht)

23

24

Dass jeder Bürger vor Gericht klagen kann, wenn ihm Unrecht zugefügt wurde

24

**Dass es für die Kunst keine
Beschränkungen gibt**